

März 2016

• **DAS WORT DES VORSITZENDEN**

Sehr geehrte Mitglieder,

hinter uns liegt ein schwieriges Jahr, und Europa muss mehr denn je „in Vielfalt geeint“ sein, um eine Zukunft der Stabilität und des Wohlstands zu gewährleisten.

Im Nachgang zu unserem erfolgreichen jährlichen Seminar, das im Dezember stattgefunden hat, wird der Schwerpunkt dieses Bulletins auf dem Thema Migration und Asyl liegen. Die EU steht derzeit vor der größten Migrationskrise ihrer Geschichte. Europa muss weiterhin wie eine Einheit arbeiten und seiner Position als wichtigster humanitärer Akteur der Welt und die Region, die am meisten Asylanträge erhält, gerecht werden. Unter anderem umfasst der Schwerpunkt eine Zusammenfassung der Schlussfolgerungen des Seminars von Véronique de Keyser. Auch möchte ich meinen aufrichtigen Dank Laura Thomson, der stellvertretenden Generaldirektorin der Internationalen Organisation für Migration, für ihre wertvolle Teilnahme am Seminar und ihre brillante Rede bei dem jährlichen Abendessen ausdrücken. Wir haben exzellente Rückmeldungen von unseren Mitgliedern bekommen, und ihre Präsenz war zweifellos ein Schlüssel zum Erfolg unserer Veranstaltungen.

Außerdem möchte ich gerne Ihre Aufmerksamkeit auf den zunehmenden Erfolg des „EP to Campus“-Programmes lenken, für das der VEM insgesamt 25 internationale Missionen im Jahr 2015 geführt hat. Hoherfreut sehe ich, dass das Programm erfolgreich wertvolle Verbindungen zwischen den EU-Organen und Studierenden schafft, und ich ergreife gerne diese Gelegenheit, allen ehemaligen Mitgliedern herzlich zu danken, die sich darum beworben haben, Teil der Missionen zu sein, und die ihre Vorlesungen mit solchem Enthusiasmus und solcher kritischer Erkenntnis gehalten haben. Ihre aktive Unterstützung dieser Tätigkeiten hat zu diesem hervorragenden Ergebnis geführt. Die Einbeziehung ehemaliger Mitglieder in das Programm wird von den beteiligten Hochschulen sehr hoch geschätzt, und die positiven Ergebnisse unserer Missionen haben dauerhafte Verbindungen zu diesen Hochschulen geschaffen, die den dringenden Wunsch haben, die Zusammenarbeit mit dem VEM in den kommenden Jahren fortzusetzen. Wegen der großen Zahl von Berichten, die wir von Teilnehmern erhalten haben, werden wir nur eine bestimmte Anzahl von Beiträgen in der Juni-Ausgabe veröffentlichen können. Allerdings werden alle Berichte auf der Website des VEM in dem dem „EP to Campus“-Programm gewidmeten Abschnitt zur Verfügung stehen.

Zu unseren anstehenden Veranstaltungen sei darauf hingewiesen, dass sich der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments (EPRS) gerne bereit erklärt hat, ein Informationsseminar für VEM-Mitglieder zum Thema „Die Zukunft von Schengen“ auszurichten, an dem EPRS-Experten teilnehmen werden und das am Dienstag, 26. April, um 15.30 Uhr in der Bibliothek des Parlaments stattfinden wird. Dem folgt eine Gedenkveranstaltung, die gemeinsam von dem VEM und dem Europäischen Parlament organisiert wird, um das Andenken an unsere ehemaligen Kollegen, die im letzten Jahr verstorben sind, zu ehren. Der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments und ehemalige VEM-Präsident Pat Cox wird die Trauerrede halten. Im Anschluss finden im Abgeordnetenrestaurant der traditionelle Cocktailempfang und die Dinner-Debatte statt. Die Jahresversammlung findet am Mittwoch, den 27. April, statt. Auf der Tagesordnung steht die Wahl von fünf Vorstandmitgliedern des VEM. Die Abstimmung für diese Wahl beginnt um 9.45 Uhr und endet um 12.30 Uhr.

Als Ergebnis der Befragung, die unter den VEM-Mitgliedern durchgeführt wurde, geht die Studienreise 2016 nach Serbien, und sie wird wahrscheinlich Ende September/Anfang Oktober stattfinden. Das Sekretariat wird Ihnen weitere Informationen und das Einschreibungsformular zu gegebener Zeit übermitteln.

Schließlich möchte ich all denjenigen danken, die zu dieser Ausgabe mit ihren Erkenntnissen und Stellungnahmen beigetragen haben.

Ich freue mich darauf, viele von ihnen am 26. und 27. April in Brüssel wiederzusehen.

Beste Grüße

Enrique Barón Crespo
Präsident des VEM

- **AKTUELLEN GESCHEHEN**

DER WEG ZU EINER PARLAMENTARISCHEN REGIERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

Als dritter Präsident der Jean-Monnet-Stiftung für Europa (Fondation Jean Monnet pour l'Europe) nach den verstorbenen Herren Rieben und Geremek bin ich zu der Überzeugung gelangt, dass es nützlich wäre, das Verfahren der *Einsetzung der Europäischen Kommission* zu untersuchen, um den Charakter der Systems der Organe der Union zu klären, das trotz der vorgenommenen Bewertungen im Grunde noch dasselbe ist, das von den Gründervätern eingeführt wurde.

Für einen Fachmann im Bereich des Verfassungsrechts ist es eine fesselnde Erfahrung, bei der Entwicklung des Verfahrens der Ernennung und der Kontrolle der Europäischen Kommission eng zur Seite zu stehen (und sie sogar erfolgreich zu beeinflussen). Es ist diese Entwicklung, mit der ich meine Mitbürger in dieser kleinen Broschüre besser vertraut machen möchte.

Die Einsetzung – oder *Investitur*, ein Terminus aus dem Parlamentsrecht, den es nicht in allen Sprachen der Union gibt – *ist die ausdrückliche Bekundung des Vertrauens des Parlaments*, die vielfach für den Amtsantritt der Exekutive oder ihres Präsidenten vorausgesetzt wird. Daher ihre politische Reichweite und ihre herausragende Rolle, um die Denkweise kennenzulernen, nach der sich ein verfassungsmäßiges System richtet. Um sie genau zu erfassen, war eine kurze Vergleichsstudie der Investitur im Verfassungsrecht der Union unerlässlich, denn die Verträge greifen nicht ins Nichts, sie werden von Sachverständigen verfasst und in Kenntnis der Instrumente und Gefüge, die in den ihnen vertrauten einzelstaatlichen Verfassungen verwendet werden, gestaltet.

Bei dieser Untersuchung können wir Verfassungssysteme, in denen die Exekutive ab ihrer Ernennung durch das Staatsoberhaupt ein *angenommenes Vertrauen des Parlaments* genießt, ohne dass eine förmliche Investitur vorgesehen ist, von denen unterscheiden, die ein *erwiesenes oder explizites Vertrauen* des Parlaments mittels eines *Zustimmungsvotums* verlangen, das als Voraussetzung vor dem Amtsantritt oder sofort danach erfolgen kann.

Aus einem raschen Überfliegen des Gefüges der Organe der Europäischen Union lässt sich schließen, dass diese *die Gewaltenteilung*, wie Montesquieu sie dargelegt hat, *vollständig achtet* und dass die *Kommission* sicherlich diesen Bund *regiert*, wenn auch nicht ganz allein. Und der *Prozess ihrer Ernennung* hat eine Entwicklung durchgemacht, die vom *angenommenen* oder impliziten *Vertrauen des Parlaments* ausgehend in mehreren Etappen bei einem *System erwiesenen Vertrauens des Parlaments* mittels einer *doppelten Investitur* angekommen ist, zu der im Übrigen auch Anhörungen der Kommissionsmitglieder gehören.

Zusammengefasst ist diese Entwicklung absolut analog zu derjenigen einzelstaatlicher Verfassungsrechtsordnungen verlaufen. Sie ist in ein sehr ausgefeiltes Beispiel eines rationalisierten parlamentarischen Systems gemündet, das die **nationale Legitimität** der Union – über den Europäischen Rat – und die **von der Bevölkerung** oder den Bürgern **ausgehende Legitimität** – über das Europäische Parlament – miteinander vereint.

Ein parlamentarisches System, das es zu erhalten und zu festigen gilt, denn trotz der Tendenzen zu einer wachsenden Differenzierung in der Union darf in Bezug auf die große Errungenschaft der europäischen institutionellen Geschichte, die die *Vereinheitlichung der Organe* darstellt, *kein Rückzieher gemacht werden*.

José María Gil Robles

IM HINBLICK AUF DAS BEVORSTEHENDE 60-JÄHRIGE JUBILÄUM DER EUROPÄISCHE UNION (1957-2017)

In genau einem Jahr, am 25 März 2017, wird die Europäische Union ihr 60-jähriges Jubiläum begehen. Sofern es noch dazu kommt, könnte man dazu bemerken. Denn an manchen Tagen scheinen die Zweifel im Hinblick auf ihre Zukunft größer zu sein als die mit ihr verbundenen Hoffnungen.

Das Frohlocken der Euroskeptiker scheint bisweilen sogar stärker zu sein als die Grundsätze und Verfahren, die in den vergangenen Jahrzehnten unseren Alltag bestimmt haben und immer noch bestimmen – eine Realität, die bislang ein bestimmender Faktor unseres Lebens wie auch unserer Nationalstaaten ist.

Vor einigen Jahren wurden die Pläne, eine formelle europäische Verfassung zu erschaffen, aufgegeben. Vielleicht war es auch besser so, denn die Wucht der durch die Globalisierung ausgelösten Veränderungen ist mit starren rechtlichen Hürden, die ein für alle Mal eingeführt werden, unvereinbar. Aber auch wenn es keine eigenständige formelle europäische Verfassung gibt, so wurden die EU-Rechtsvorschriften dennoch quasi in einen „Verfassungsrang“ erhoben und sind mit unseren nationalen Verfassungen verflochten. Insofern kann man sagen, dass es zwar keine formelle europäische Verfassung gibt, aber ebenso wenig gibt es unsere nationalen Verfassungen in ihrem ursprünglichen Wortlaut. Durch die Vermengung mit den EU-Rechtsvorschriften, was auch zu formalen Veränderungen geführt hat, haben sie sich wesentlich gewandelt, sodass man sie inzwischen eher als „euro-nationale Verfassungen“ bezeichnen kann.

Diese „Union der Verfassungen“ umfasst auch die zehn (der 28) Länder, die nicht zum Gebiet des Euro gehören, der gemeinsamen Währung, die zweifelsohne die stärkste Verbindung zwischen den Euroländern darstellt. Die Forderung Großbritanniens nach zwei getrennten Währungsbieten in der Europäischen Union scheint, bislang jedenfalls, nicht die Grundprinzipien anzutasten, die das europäische Recht prägen.

Wir müssen jedoch mit dieser komplexen europäischen Verfassungsordnung ein großes Stück vorankommen. Die EU hat derzeit mit drei großen Krisen zu kämpfen: der humanitären Krise der Masseneinwanderung, der Bedrohung der Sicherheit durch den Terrorismus und der weiterhin ungelösten Finanzkrise. Dies sind große Herausforderungen für ein jedes System, wie immer es auch gestaltet sein mag. Für eine Ordnung, die immer noch im Aufbau befindlich ist, wie im Falle der EU sind das äußerst gravierende Probleme.

Aber Jean Monnet hat ja bereits in prophetischer Weise gesagt: „Die Menschen akzeptieren Veränderung nur aus Notwendigkeit, und sie sehen die Notwendigkeit nur in Krisenzeiten“. Diese Krisen haben daher Verwirrung und europafeindliche Einstellungen ausgelöst, gleichzeitig aber trotz aller schwerwiegenden Probleme auch die Widerstandskraft der EU erhöht.

Im Angesicht dieser Krisen war die moralische und politische Reaktion sogar noch heftiger als die ergriffenen Verwaltungsmaßnahmen. Was die Einwanderung anbelangt, so hat die EU ihr ethisches Handeln unter Beweis gestellt und gleichzeitig gezeigt, dass sie die „Staatlichkeit“ ihrer Außengrenzen auf supranationaler Ebene wiederherstellen kann. Der Terrorismus mit seinen blutigen Anschlägen in Paris hat uns gezeigt, wie wichtig die Europäische Union für uns ist, selbst bei den Massen an Sportanhängern, die allerorts ihre Solidarität bekundeten, indem sie die Marseillaise sangen und französische Fahnen schwenkten. Wegen der anhaltenden Finanzkrise wiederum wird die Eurozone immer stärker als „Union der Union“ wahrgenommen, was die Grundlage für eine „weitergehende Zusammenarbeit“ und folglich auch für eine Fiskalkapazität ist.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass wir uns heute eine „Union“ nennen, und das zu Recht, denn wir bezeichnen „eine immer engere Union“ unserer Völker als gesellschaftliches Ziel unseres Aufbauwerks, was die einzige sprachliche Wendung ist, die in allen Verträgen seit dem im März 1957 in Rom unterzeichneten Ursprungsvertrag erhalten geblieben ist. Wir dürfen aber niemals vergessen, dass wir auch eine „Gemeinschaft“ im tiefen und vielsagenden Sinne dieses Wortes sind.

Andrea Manzella

EINE POLITISCHE UNION: WEITERHIN EIN REALISTISCHES ZIEL?

In diesen Monaten ist immer wieder zu hören, dass Europa in einer dramatischen Krise stecke, was den Terrorismus, die Wirtschaftslage und die Möglichkeit angeht, zwischen den Ländern der Union und dem Rest der Welt eine fruchtbare Zusammenarbeit und politische Abstimmung zu erreichen.

Die Krise Europas begann, als die Union sich zwar von elf auf 15 und später 28 Mitglieder ausdehnte, aber dennoch nicht bereit war, tatsächlich jene politische Union zu schaffen, die die Grundlage für eine Wirtschaftsunion hätte sein müssen. Eine politische Union mit elf oder vielleicht auch 15 Mitgliedstaaten wäre machbar gewesen, es wäre möglich gewesen, auf der Grundlage der Arbeit des Europäischen Konvents, dem ich die Ehre hatte anzugehören, eine politische Union zu schaffen. Heute, mit 28 Ländern, die sich im Hinblick auf ihre jeweilige Wirtschaftslage und kulturgeschichtlichen Prägungen sowie ihre verständlichen Ängste in Bezug auf eine globalisierte Gesellschaft, der die Steuerungsinstrumente für diese Globalisierung fehlen, sehr unterscheiden, ist dies eine Herkulesaufgabe. Es gibt heute

keine politische Führungspersönlichkeit, die imstande wäre, diese Aufgabe mit der erforderlichen Autorität und mit dem ebenfalls erforderlichen Respekt für die Bedürfnisse der anderen Beteiligten zu übernehmen.

Neben den bereits erwähnten Problemen darf nicht außer Acht gelassen werden, dass zur Globalisierung die unregelte Nutzung des Internet hinzugekommen ist, die Verwendung von Datenverarbeitungssystemen, die nicht nur – subjektiv und objektiv betrachtet – von Nutzen sind, sondern die gleichzeitig einen unkontrollierten Raum bieten, der für Terrorismus, Kriminalität, Wirtschaftsbetrug und die Verbreitung falscher Nachrichten genutzt wird. Angesichts dessen ist klar, dass wir die enormen Schwierigkeiten nur gemeinsam bewältigen können und dass wir dazu ein umfassendes Wissen um die Probleme und die Geschichte unserer Völker benötigen.

Mark Ferro, ein 1924 in Paris geborener französischer Historiker, hebt in seinem Werk „L'aveuglement“ [Die Blindheit] eines der Grundprobleme der Politik der letzten Jahrzehnte hervor, dass nämlich „der Mensch blind ist gegenüber der Geschichte und daher nicht begreift, was in der Gegenwart geschieht“.

Wie ich in einigen Artikeln dargelegt habe, die im Magazin „il patto sociale - informazione Europa“ [Der Sozialpakt – Information Europa] (www.ilpattosociale.it) erschienen sind, bin ich ebenso wie Mark Ferro der Auffassung, dass ein fehlendes Geschichtsbewusstsein, eine fehlende Analyse von Ereignissen, die sich seit Jahrhunderten und auch in der jüngsten Vergangenheit häufig wiederholt haben, eines der größten Hindernisse dafür ist, sich die Zukunft vorstellen zu können.

Wenn man die Geschichte der unterschiedlichen Völker nicht kennt, die Tragödien, die sich in den vergangenen Jahrhunderten ereignet haben, wenn man keinen Respekt vor der Würde anderer hat, wenn man nicht imstande ist, der Realwirtschaft ein stärkeres Gewicht einzuräumen als der Finanzwirtschaft, die von Kräften unterstützt wird, die nur ihre kurzfristigen Interessen im Auge haben, wenn man keine Empathie für andere zeigt und gleichzeitig nicht die Entschlossenheit aufbringt, die erforderlich ist, um die eigenen Werte und die eigene Geschichte zu verteidigen, dann ist es unmöglich, sich eine Gesellschaft vorzustellen, in der das Zusammenleben nicht durch das Recht des Stärkeren, sondern durch Gesetze geregelt wird.

Noch einmal: Um wieder Hoffnung zu schöpfen, muss man den Mut haben, die eigenen blinden Flecken und Fehler zuzugeben. Terrorismus, Immigration und Armut gehören heute zu den Problemen, die wir nicht mehr unter Kontrolle haben. Unsere Jugend hat die Hoffnung in die Zukunft verloren, wir haben ein ausuferndes Sozialsystem, das wir zurückstutzen müssen, wir haben bei Menschen auf der ganzen Welt falsche Erwartungen geweckt, wir haben geglaubt, dass unsere Lebensweise, ohne Ideale und Werte, ohne Opfer und ohne Achtung gegenüber den anderen, das beste Modell sei. Dies ist der richtige Moment für einen Neubeginn, aber dazu brauchen wir eindeutige Ziele. Die Frage ist: Stellt die politische Union für alle 28 Staaten noch ein Ziel dar? Wenn dies so ist, wie kann man es erreichen? Wenn dies nicht so ist, dann möge derjenige, der dieses Ziel ablehnt, sich jetzt zu Wort melden.

Cristiana Muscardini

AUCH IN EUROPA GILT:

„ALLEINE IST MAN SCHNELLER, GEMEINSAM GEHT MAN WEITER“

(Afrikanisches Sprichwort)

In diesem Jahr 2016, nach dem schrecklichen Jahr 2015, in einer Welt, die in fast allen Bereichen (Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft) von Krisen gebeutelt ist, in einer Zeit, in der neuer Fundamentalismus und neue Gewalttaten unsere demokratischen und menschlichen Werte zerrütten, da die Anzahl der Kriegsschauplätze und Attentate zunehmen.

Die Europäische Union, die uns 70 Jahre lang Frieden, Wirtschaftswachstum und Behaglichkeit beschert hat, selbst relativ gesehen, Europa – so bin ich der Ansicht – muss auch selbst seinen Sinn, seine Grundwerte und seine Steuerungsweise hinterfragen und sich neu ausrichten, um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern.

Wenn Europa im Laufe der Geschichte, seit der Zeit der Gründungsväter der 50er Jahre, schnelle Zeiten unter der „flinken Feder“ bestimmter Führungspersonen erlebt hat, Männer, Frauen oder Mitgliedstaaten, die Europa häufig in der Einsamkeit ihrer Eingebungen schneller voranschreiten ließen, so wurden nun die Grenzen der „Sichtsteuerung“ und selbst des Talents erreicht, das es ermöglicht, die Wirtschaftspolitik anzupassen, die Währungspolitik neu auszurichten, dem Zustrom der Einwanderer gerecht zu werden, die sicherheitspolitischen Herausforderungen zu meistern und weltweit sowie in diplomatischer und militärischer Sicht unter Achtung unserer Werte und unserer Geschichte einen bedeutenden Platz einzunehmen.

Wenn man heute weiter ... und länger gehen möchte, muss dies „gemeinsam“ geschehen, um unser derzeitiges europäisches Modell grundlegend zu verändern und den Weg der Bürger, der Gesellschaft und der Freiheit, der in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts nach den

Tragödien der Jahre 1930 bis 1945 geebnet wurde, wieder aufzunehmen, auf die Gefahr hin, dafür bestimmte „Einzelgänger“, für die Europa nur ein Werkzeug für ihre Zwecke sein kann, am Wegesrand zurückzulassen ...

Um also in Europa und auch anderswo „weiter und länger zu gehen“, müssen wir uns zusammentun und dem, was uns vereint, Vorzug über dem geben, was uns trennt ... (ein anderer Weg ist nicht möglich).

Ich möchte diese bescheidenen Gedanken mit Wünschen für 2016 abschließen, indem ich an einen großen Europäer erinnere, einen Franzosen, dem es mehrfach gelungen ist, unserem Europa bedeutende Impulse zu geben, François Mitterrand, der 1996, vor 20 Jahren, verstorben ist, vor 100 Jahren, 1916, geboren wurde und vor 35 Jahren, 1981, zum Präsidenten der Französischen Republik gewählt wurde.

Ich werde mich immer an seine letzte Rede vor dem Europäischen Parlament im Januar 1995 zu Beginn eines französischen Ratsvorsitzes erinnern (wie auch an andere Bilder, die sich in meine persönlichen Erinnerungen eingebrannt haben), in der er, obwohl er sehr krank war, eine Stunde lang auf der Rednertribüne stehend feierlich seinen Enthusiasmus geteilt und bei unserem Parlament mit dem Ausruf – der heute noch immer im Kopf der damals Anwesenden, zu denen ich zähle, nachhallt – Emotionen hervorgerufen hat: „Nationalismus bedeutet Krieg!“

Diejenigen, die ihm an diesem Tag so wie ich zugehört haben, werden dies nie wieder vergessen ... Mögen die jüngeren Generationen, die dies vergessen haben, den Sinn darin wiederfinden. Möge er uns inspirieren und uns dabei unterstützen, 2016 die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Gérard CAUDRON

SOLIDARITÄT

November 2015 wird in Malta wegen des Gipfeltreffens des Europäischen Rats sowie wegen des Gipfeltreffens der Regierungschefs des Commonwealth (Commonwealth Heads of Government Meeting - CHOGM) in Erinnerung bleiben, die auf unserer Insel ausgerichtet wurden.

Sowohl das Gipfeltreffen in Valletta als auch das CHOGM konzentrierten sich auf das drängende Problem der Migration. Viel zu lange wurden Malta und andere südeuropäische Staaten mit der Bewältigung dieser humanitären Krise allein gelassen, während der Zustrom von Flüchtlingen nicht abbriss, die vor den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wirren in Afrika und dem Nahen Osten flohen. Das Gipfeltreffen in Valletta hat endlich gezeigt, dass die Europäische Union erkannt hat, dass dies ein regionales Problem ist, das eine regionale Lösung erfordert.

Als Vorsitzende von Nisa Laburisti, der Frauensektion der (maltesischen) Labour Party, durfte ich an einem der Workshops teilnehmen, die im Rahmen des ersten Commonwealth-Frauenforums veranstaltet wurden, das jemals während des CHOGM stattgefunden hat. Mein Redebeitrag befasste sich vor allem mit dem Thema häuslicher Gewalt, insbesondere gegen Frauen. Jeden Tag sterben etwa sieben Frauen in Europa aufgrund häuslicher Gewalt. Jede dritte Frau in Europa wird irgendwann in ihrem Leben Opfer einer Form von Gewalt werden. Das sind beunruhigende Statistiken. Ich appellierte an die Delegierten des Commonwealth-Frauenforums, anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November ein Zeichen zu setzen, und den Regierungschefs des Commonwealth eine klare Botschaft mit der Forderung zu übermitteln, dass sie sich verpflichten, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um Gewalt gegen Frauen in ihren Gesellschaften zu beseitigen. Es ist mir natürlich bewusst, dass dieses Ziel nicht leicht zu erreichen sein wird, aber ich bin der festen Überzeugung, dass wir nur Erfolg haben können, wenn wir uns weiterhin beharrlich dafür einsetzen.

Die politische Agenda entwickelt sich ständig weiter. Es ist Flexibilität und ungeminderte Aufmerksamkeit im Hinblick auf die ständig im Wandel begriffenen Gegebenheiten erforderlich, die die Gesellschaft betreffen. Jedes einzelne Mitglied der Gesellschaft, vielleicht aber umso mehr diejenigen von uns, die eine politische Aufgabe haben, trägt bzw. tragen zur Gestaltung und ständigen Umgestaltung unserer Gesellschaften und folglich auch der politischen Agenda bei. Dies trifft auf Privatpersonen und Organisationen ebenso wie auf einzelne Staaten zu.

Wie es das Schicksal so wollte, fand das CHOGM gerade einmal wenige Tage nach den Gewaltakten in Paris statt. Insofern war es folgerichtig, dass die internationale Gemeinschaft in Malta in Anwesenheit des französischen Präsidenten Hollande den Terroristen die Stirn bot, es ablehnte, sich dem Terror zu beugen, und das Treffen wie geplant fortsetzte. Auch in dieser Hinsicht arbeiten wir weiter zusammen, um eine politische Agenda zu gestalten, die sich auf die Werte stützt, die uns am Herzen liegen.

Ich schaue mit Hoffnung auf das Jahr 2016. Es wird wie immer ein Jahr mit vielen Herausforderungen, mit Chancen ebenso wie mit Schwierigkeiten sein. Es wird aber auch ein Jahr sein, in dem wir alle uns an der Gestaltung unserer Zukunft beteiligen können. Robert

Schuman drückte es in seiner Erklärung im Jahr 1950 so aus: „Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.“ Nach diesem Gefühl der Solidarität untereinander müssen wir alle – Staaten und Einzelpersonen gleichermaßen – auch weiterhin in diesem Jahr 2016 und darüber hinaus streben. Nur auf diese Weise – durch Verinnerlichung der Solidarität – können die heutigen europäischen und internationalen Herausforderungen angegangen und schließlich auch gelöst werden.

Claudette Baldacchino

MAASTRICHT: VOM KOMPLOTT ZUM VERTRAG

Nostalgie, Chauvinismus und Revanche gehen bei der Geschichte über Maastricht als Gastgeberin der europäischen Gipfeltreffen während des niederländischen Ratsvorsitzes 1981 und 1991 Hand in Hand.

Die niederländischen Eurogipfel waren ausschließlich dem Regierungssitz Den Haag vorbehalten.

Auf einem „zufälligen“ Treffen Anfang 1980 von Politikern, Diplomaten und Beamten, die Limburg wohlgesonnen waren, darunter Ministerpräsident van Agt, kam man rasch überein, der limburgischen Hauptstadt den Gipfel von 1981 gönnen zu wollen. Die einzige Person, die überzeugt werden musste, war Außenminister van der Klaauw.

Eine Aufgabe, mit der ich in meiner Funktion als sein Sprecher betraut wurde. Seine Zustimmung war nur eine Frage von Minuten. Ich vermute noch heute, dass der Ministerpräsident ihm zuvor die möglichen Folgen einer Ablehnung dargelegt hatte.

Die Organisation des Gipfeltreffens war eine beispiellose Herausforderung. In der Stadt gab es lediglich 400 geeignete Hotelzimmer für 3 500 Gäste! Ganz Südlimburg empfing Konferenzteilnehmer, die große Städte gewohnt und nicht überrascht waren, außerhalb Maastrichts untergebracht zu werden.

Ich durfte die britische Delegation nach Valkenburg begleiten. Während der Busfahrt in der Dämmerung äußerten sie sich begeistert über die herrlichen Parks in all den Vororten. Die Zeitung „The Observer“ berichtete, auf dem niederländischen Gipfeltreffen sei zwar eine nichtssagende Agenda abgearbeitet worden, die verführerische Pracht der städtischen Landschaft habe die Bekanntschaft mit Maastricht jedoch zu einem unvergesslichen Erlebnis gemacht.

Wirklich unvergesslich war jedoch die Katastrophe, die über die Maastrichter Gastronomie hereinbrach. Die dankbare Gemeinde bot den Journalisten zum Abschluss ein kaltes Buffet an, das 750 Presseleuten eine Salmonellenvergiftung bescherte. Eine Lokalzeitung meldete, dass die Maastricht-Befürworter ihrerseits möglicherweise den Machenschaften einer Clique aus dem nichtlimburgischen Teil der Niederlande zum Opfer gefallen waren. Ministerpräsident van Agt erklärte, Maastricht werde eines Tages seine Revanche bekommen.

Anfang Dezember 1991 hatte der Winter in Maastricht Einzug gehalten. So schlecht wie die Wetterverhältnisse waren auch die Aussichten, zu einem Vertrag von Maastricht zu gelangen. Der Rat hatte in letzter Sekunde beschlossen, dass der niederländische Vorschlag für einen Vertrag mehr oder weniger die Mühe einer Erörterung lohnte. Die stolzen Einwohner Maastrichts feierten ihr zweites Gipfeltreffen, waren jedoch schockiert von den Protestaktionen der niederländischen und belgischen Bauern sowie der französischen und deutschen Umweltorganisationen, die die Fassaden historischer Gebäude beschmierten. Im Fußballstadion forderten 10 000 Kroaten die Anerkennung eines unabhängigen Kroatiens. Auf dem berühmten „Vrijthof“ geriet die Polizei mit Demonstranten aneinander, deren Identität nicht ganz klar war. Auf der anderen Seite der Maas wurde das „Provinciehuis“, wo der Rat tagte, durch laute Patrouillenschneellboote schwer bewacht. Mit einem deplatzierten Sinn für Humor wurde in den Kneipen von Maastricht gerufen, es sei wieder Zeit für ein kaltes Buffet.

So wurde in derselben Stadt an einem Ort die Auflösung der Gemeinschaft gefordert und anderenorts eine neue Zusammenarbeit geschmiedet. Nach einer langen Nacht erzielten die zwölf Regierungschefs einen Konsens. Der Vertrag von Maastricht war gerettet. Die Union war geboren und die Euro-Münze virtuell geprägt. Vorläufig aber nicht für die Dänen und Briten. Letztere fingen schon ein wenig mit dem „Brexit“ an, durch ihre Opting-out-Klausel im sozialen Bereich. Jahrelang bildete der Vertrag die Grundlage für tiefe, hitzige und zeitraubende Diskussionen darüber, ob das Streben Europas nach Einheit die Aufgabe nationaler Handelsgrenzen, Währungen und Monopole wert sei.

Wie auch immer, Maastricht stand und steht auf dem Spiel. Es verging kein Tag, an dem ich in Brüssel oder in Straßburg nicht den Namen meines Geburtsorts hörte, in dem es mittlerweile 6 500 Hotelbetten, zwei Kongressgebäude und ca. fünfzehn europäische Einrichtungen gibt. Besucher sehen in der Stadt übrigens ein maßstabsgetreues Modell Europas.

Jan Willem Bertens

RESPEKT

- Heimweh nach Menschlichkeit
- ein Versprechen für den Frieden
frei nach Renan Demirkan (1955* Ankara; Herder-Buchausgabe 2011))

Ein Preis bekommt ein Gesicht . Nein, nicht irgendeines! Eines mutigen Menschen! Eines Menschen, der sich für andere – wenn nicht für uns alle – einsetzt. Und uns, nicht sich, in den Mittelpunkt seines Handelns stellt. Damit wir frei leben können, in einer gerechten Umwelt, damit wir frei denken und entscheiden können. Damit wir frei wie ein Vogel in der Zeitspanne unseres Lebens agieren können – und niemals als vogelfreie Mitbürger missbraucht werden!

Sie erraten, von welchem Preis ich spreche? Ja natürlich, es ist der seit 1988 vom Europäischen Parlament alljährlich in Straßburg verliehene Sacharow-Preis für geistige Freiheit (auch EU-Menschenrechtspreis genannt)!

Andrei Dmitrijewitsch Sacharow (1921 – 1989 Moskau) war nicht nur Friedensnobelpreisträger (1975). Er war auch als Physiker „Vater der sowjetischen Wasserstoffbombe“! Doch später Dissident, nach Gorki Verbannter, Menschenrechtler, Leiter der „Sowjetischen Akademie der Wissenschaften“, und Politiker. Er strebte nach einer offenen und rechtsstaatlichen Gesellschaft, die auch Andersdenkende unterstützt. Und nicht vernichtet.

1989 wurde Sacharow Gründungsvorsitzender der russischen Gesellschaft „Memorial“, welche die Geschichte der Gulag-Lager aufarbeitet. Ich erinnere daran, dass unser study visit 2011 nach Moskau auch nach Perm zum dortigen Lager (Perm-36) führte ...

Zu der körperlichen Unversehrtheit gesellt sich die geistige Freiheit. „Die Gedanken sind frei“! Dies ist ein Schlesisches Volkslied von 1842.; von Hoffmann von Fallersleben bearbeitet, der auch die deutsche Nationalhymne schrieb. Dieser vielleicht anthroposophische Ansatz führt bis auf Cicero (106 - 43 v. Chr.) zurück. Sucht die Menschheit nicht schon immer und immer wieder nach Antworten, die uns – wir Menschen – in Frieden leben lässt?

Warum braucht es Menschen wie die Kinderrechtsaktivistin Malala (1997*, Swat-Tal, Pakistan)? Sie erhielt 2013 den Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments und 2014 den Friedensnobelpreis. Sie kämpft unermüdlich für das Recht auf Bildung, insbesondere das der Mädchen.

Warum braucht es einen selbstlosen Kämpfer wie Raif Baldawi (1984* Saudi-Arabien)? Er ist Blogger, ein Internet-Aktivist aus Saudi-Arabien; er gründete 2008 das Online-Forum „Die Saudischen Liberalen“ – und ist heute politischer Gefangener – zu zehn Jahren Haft und 1000 (!) Stockhieben verurteilt; 2015 wurde er erstmals öffentlich ausgepeitscht. ...

Die offizielle Verleihung des Preises fand in Raif Baldawis Abwesenheit im Plenarsaal des Europäischen Parlaments statt. Seine jetzt mit ihren Kindern in Kanada lebende Ehefrau nahm die Auszeichnung stellvertretend entgegen. Auf dem Baldawi zugeordneten Platz befand sich ein Foto

Jeder weiß, dass es mit der besonderen und öffentlich wirksamen Ehrung allein für die Ausgezeichneten nicht getan ist. Es reicht auch nicht die Empörung einiger, sondern es ist auch in dieser Menschenrechtsfrage die Solidarität aller Europäer gefragt.

Mittlerweile gibt es ein Netzwerk der Sacharow-Preisträger, das der seinerzeitige EU-Parlamentspräsident Hans-Gert Poettering aus der Taufe gehoben hat. Denn auch die Betroffenen wollen weiter an der großen Aufgabe arbeiten.

Die hier genannten Personen haben nicht zum Streit, zur Demütigung, zum Spott, zur kriegerischen Auseinandersetzung, zu menschenverachtendem Handeln aufgerufen. Ihr Appell beinhaltet Liebe zum menschenwürdigen Dasein und ruft uns alle auf, unsere Verantwortung zu tragen. Auch das Gute kommt nicht von allein. Wir sollten aus unserer Geschichte lernen und Urängsten begegnen – mit einem wachen Geist und viel persönlichem Einsatz gegen Gewalt, Ungerechtigkeit, Ungleichheit und Intoleranz – so wie die oben Geehrten. Respekt, Achtung, Liebe – sie sind kein Wunder oder Verträumtes, sondern Garant für Frieden, Verstehen und Verständnis, etwas Solides und Handfestes also.

Nehmen wir uns die Preisträger als Vorbild!

Brigitte Langenhagen

BEI SCHWEDENS NEUER SOGENANNTER „RESTRIKTIVER“ FLÜCHTLINGS POLITIK KÖNNTE DIE EU JÄHRLICH 4 MILLIONEN FLÜCHTLINGE AUFNEHMEN

Viele hat es verwundert, dass Schwedens Grüne, die Umweltpartei, Ende 2015 die Kehrtwende in Bezug auf die Flüchtlingspolitik mitgemacht haben. Schweden, das zuvor das flüchtlingsfreundlichste Land der EU war, hat Grenzkontrollen eingeführt. Wie können die sechs grünen Minister in einer Regierung bleiben, die solche Schritte unternimmt?

Eine Erklärung liegt sicherlich darin, dass es aller Erfahrung nach für eine grüne Partei riskant ist, mitten in einer Legislaturperiode aus der Regierungszusammenarbeit auszusteigen. Das haben nicht nur die französischen Grünen spüren müssen. Die grünen Parteien in Belgien, Dänemark, Irland, Tschechien und mehreren weiteren Ländern mussten nach einem vorzeitigen Ausstieg erhebliche Einbußen bei Wahlen hinnehmen, trotz prinzipieller Beweggründe, die bei grünen Wählern Zustimmung finden müssten (diesem Thema habe ich ein ganzes Kapitel in meinem neuen auf Englisch erschienenen Buch *Green parties, Green future*, Plutopress 2015, gewidmet).

Wie werden die schwedischen Grünen nun zurechtkommen? Meinungserhebungen von Anfang Januar 2016 ergeben zwar, dass die Umweltpartei offenbar nur geringfügig an Wählerzustimmung eingebüßt hat – nach einem Wahlergebnis von 6,9 % jetzt 5 bis 6 %. Zugleich zeigen aber andere Erhebungen, dass die Mehrheit der grünen Wähler die restriktive Flüchtlingspolitik missbilligt. Das kann man so interpretieren, dass die grünen Wähler zwar nicht mit der Politik einverstanden sind, sie aber als Kompromiss begreifen. Dass es sich um einen Kompromiss handelt, ist daran deutlich geworden, dass die grünen Sprachrohre keineswegs so taten, als billigten sie den Maßnahmen der eigenen Regierung, sondern offen dagegen Stellung bezogen. Das geschah in aller Öffentlichkeit in Gestalt der meistkommentierten Tränenattacke der schwedischen Geschichte, als die grüne Vertreterin Åsa Romson gemeinsam mit Staatsminister Löfven die neue Politik vorstellte.

Dabei kann es passieren, dass grüne Wähler, die eigentlich eine humanitäre Flüchtlingspolitik wollen, trotzdem die neue Politik hinnehmen, weil sie der Auffassung sind, dass Schweden nicht allein (teilweise zusammen mit Deutschland) die ganze Last der humanitären Verantwortung der EU auf sich nehmen kann.

Eine Übersicht in der Januar-Ausgabe von *Le Monde Diplomatique* verdeutlicht die Einzigartigkeit der schwedischen Flüchtlingspolitik („Haro sur Schengen“). Während Schweden (knapp 10 Millionen Einwohner) 2015 nach Berechnungen von *Le Monde Diplomatique* 142 365 Asylanträge zuließ und 77 % bewilligte, ließ Frankreich (Bevölkerung 66 Millionen) 56 290 Anträge zu und bewilligte 22 %. Das würde heißen, dass Schweden rund 110 000 Flüchtlinge aufgenommen hat, Frankreich ca. 12 000, bzw. Schweden hat 11 000 Flüchtlinge pro Einwohnermillion, Frankreich 182. Anders ausgedrückt: Schweden hat pro Einwohnerzahl 2015 sechzigmal so viele Flüchtlinge wie Frankreich aufgenommen. Das ist natürlich ein unhaltbarer Zustand. Die meisten EU-Mitgliedstaaten, Deutschland ausgenommen, weisen dabei noch dürftigere Zahlen auf als Frankreich.

Was in Europa vor sich gegangen ist, ist demnach ein gigantischer humanitärer EU-Schwindel. Einige wenige EU-Länder, vor allem Schweden, waren bemüht, sich an all die stolzen Erklärungen zu halten, von denen es in den Verträgen der EU wimmelt. In der rot-grünen Regierung hat sich die Umweltpartei am längsten darum bemüht, humanitäre Grundsätze einzuhalten, was aber auf lange Sicht nicht zu halten war. Trotzdem ist die Debatte in Schweden inzwischen von weitverbreiteten Täuschungsvorwürfen gegen die Umweltpartei gekennzeichnet.

Es ist aber nicht so, dass Schwedens Grüne Partei Zusagen nicht eingehalten hätte, vielmehr ist es der EU nicht gelungen, die Verantwortung gleichmäßig zu verteilen. Die schwedische Regierung hat erklärt, das Land könne problemlos rund 1000 Flüchtlinge pro Woche verkraften. Das wären etwa 5000 Flüchtlinge jährlich pro Einwohnermillion. Wenn die gesamte EU ein Gleiches täte, könnte sie fast 4 Millionen im Jahr aufnehmen! Damit wäre das akute Flüchtlingsproblem beigelegt, und die humanitären Werte der EU blieben gewahrt.

Per Gahrton

DIE EUROPÄISCHE POLITIK IM BEREICH DER GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER

Eine kritische Bestandsaufnahme

Am 8. März begehen wir erneut den Internationalen Tag der Frau, weswegen es vielleicht angebracht ist, die europäische Politik im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter einer kurzen kritischen Überprüfung zu unterziehen. Die EU spielt zweifellos eine wichtige Rolle dabei, dass das Thema der Gleichstellung der Geschlechter hervorgehoben wird, denn sie stellt es in den Mittelpunkt der Werte, auf die sich die europäische Integration gründet. Vom Gründungsvertrag, dem Vertrag von Rom im Jahr 1957, bis zum Vertrag von Lissabon im Jahr 2009 hat sie zahlreiche legislative Initiativen und praktische politische Maßnahmen gefördert, wodurch sie zum führenden Akteur in diesem Bereich auf weltweiter Ebene geworden ist.

Im Pakt zur Gleichstellung der Geschlechter 2011-2020 wird bekräftigt, dass die EU entschlossen ist, die Unterschiede zwischen Männern und Frauen in Bezug auf Beschäftigung sowie Bildung und Sozialschutz zu beseitigen, ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen Berufs- und Privatleben sowie eine gleichberechtigte Beteiligung an der Entscheidungsfindung zu fördern und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Das

Europäische Parlament hat aufgrund eines ständigen Zuflusses von politischen Initiativen, Berichten und Interventionen von Seiten des Frauenausschusses einen außerordentlich wertvollen Beitrag zur Förderung dieser Politik geleistet und sie in den Mitgliedstaaten verbreitet. Auch war es daran beteiligt, das Recht der Mitgliedstaaten in Einklang mit den EU-Normen zu bringen. Zweifellos wurden wesentliche Fortschritte erzielt. Allerdings liegt noch ein langer Weg vor uns, bis wir eine Gleichstellung der Geschlechter erreicht haben, die diesen Namen verdient.

Die EU wird dafür kritisiert, dass sie sich nicht mit der konkreten Realität und den alltäglichen Problemen von Frauen befasse. Anstatt die Gleichstellung der Geschlechter als solche zum Ziel zu machen, würden die Frauenrechte in die wirtschaftlichen Ziele der EU integriert – und ihnen oft untergeordnet. Nach so vielen Jahrzehnten der Umsetzung des Grundsatzes „gleiches Entgelt für gleiche Arbeit“, der im Vertrag verankert ist, – ein Standpunkt, der auch durch die Grundsätze des fairen Wettbewerbs gestützt wird – sind die Löhne von Frauen im Euro-Währungsgebiet immer noch durchschnittlich 16,4 % niedriger als die Löhne von Männern (Lohngefälle). Anders ausgedrückt, müssen wir feststellen, dass selbst eine Politik, die einen unmittelbaren Bezug zu den Interessen des Marktes aufweist, nur beschränkten Erfolg hat. Dies bedeutet, dass es verschiedene Einflüsse gibt, die neben den Kräften des Marktes bestehen und ihre Wirkung entfalten. So wird deutlich, wie es dazu kam, dass die Mutterschutzrichtlinie zurückgezogen wurde.

Wenn man die Rechtsvorschriften hauptsächlich auf den Arbeitsmarkt beschränkt und andere Sektoren, wie etwa Pflegeverpflichtungen und die Vereinbarkeit von Privat- und Arbeitsleben, nicht ernstlich berücksichtigt, ist dies der vollständigen Entwicklung von Humanressourcen nicht zuträglich und dient vor allem nicht den Bedürfnissen der Wettbewerbsfähigkeit. Auch stellt dies keinen Beitrag zur Anpassung an die Anforderungen der Globalisierung dar. Die Daten zeigen eine ständige Verschlechterung der Lage, insbesondere in den südlichen Ländern der EU, in denen die Wirtschafts- und die Flüchtlingskrise der Beweis dafür sind, dass die europäischen Institutionen nicht in der Lage sind, diese Probleme zu lösen. Die Arbeitslosigkeit unter jungen Frauen hat ein beispielloses Ausmaß erreicht, und die zunehmende Gewalt gegen Frauen sowie der Menschenhandel mit tausenden von Frauen und Kindern zum Zwecke der sexuellen und wirtschaftlichen Ausbeutung sind ein schwer wiegendes Problem.

Denjenigen, die die EU-Politik gestalten, ist es auch nicht gelungen, dafür zu sorgen, dass es in den demokratischen Institutionen und den Zentren der Entscheidungsfindung ein natürliches ausgewogenes Verhältnis zwischen den Geschlechtern gibt. Frauen sind in der Politik und bei der Zukunftsplanung immer noch stark unterrepräsentiert, wie sich leicht feststellen lässt, wenn man einen Blick auf ein Foto führender Persönlichkeiten der EU wirft. Dieses Versagen ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Politikgestaltung fragmentiert ist. Man kann nicht in einem Sektor (zum Beispiel dem Arbeitsmarkt) isoliert Politik betreiben und Gesetze verabschieden. Das Leben von Frauen ist multidimensional, und ihre Diskriminierung äußert sich in allen Bereichen des öffentlichen und des privaten Raums. Sie ist einer Flüssigkeit in kommunizierenden Röhren vergleichbar. Wir brauchen eine kohärente und ganzheitliche Politik, die sich mit allen Aspekten des Lebens und der Beziehungen zwischen den Geschlechtern befasst, und wir müssen einschreiten, wenn immer die Gleichstellung gefährdet ist.

Anna Karamanou

DIE MITGLIEDSCHAFT IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Es ist verständlich, dass in Portugal (genauso wie in Spanien) dreißig Jahre nach dem Beitritt zu den Gemeinschaften eine Bilanz der gesammelten Erfahrungen gezogen wird.

Der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung wird dabei große Bedeutung beigemessen, da der Beitritt zu den Gemeinschaften selbstverständlich als einzigartige Möglichkeit angesehen wurde, unseren Bürgern bessere Lebensbedingungen zu ermöglichen. Auch durch die als Folge der Krise weniger günstigen Ergebnisse der letzten Jahre dürfen die Fortschritte nicht übersehen werden, etwa dass das BIP pro Kopf in Portugal erheblich gestiegen ist oder dass darüber hinaus in unterschiedlichen sozialen Bereichen zahlreiche deutliche Verbesserungen erzielt wurden (das spiegelt sich auch im beträchtlichen Umfang in der Tatsache wider, dass in den letzten dreißig Jahren die Anzahl der Portugiesen im Alter von über hundert Jahren um über 65 % zugenommen hat). Hervorzuheben sind insbesondere die Verbesserung der Infrastruktur durch die Unterstützung aus den Strukturfonds und konkret der Bau von Autobahnen, was zu einem erheblichen Rückgang der Unfälle mit Todesfolge und der Verringerung von Fahrtzeiten geführt hat. Auf diese Weise wurden die wirtschaftlichen Möglichkeiten und die Möglichkeiten des Zugangs von hunderttausenden von Bürgern zu gesundheitlichen oder kulturellen Dienstleistungen wesentlich verbessert.

Jenseits dieser Aspekte sind auch die Interventionsmöglichkeiten zu erwähnen, die Portugal und den Portugiesen durch die Integration in die Europäische Union offen stehen.

Einige verweisen auf einen Verlust an Souveränität, da das Land nunmehr an die Rechtsvorschriften und Institutionen der Union gebunden ist. Es darf allerdings nicht vergessen werden, dass die portugiesische Volkswirtschaft eng mit den Volkswirtschaften der übrigen Länder der Europäischen Union verflochten ist, an die vier Fünftel der Ausfuhren des Landes gerichtet sind bzw. aus denen die entsprechenden Einfuhren stammen.

Wir leben in einer von der Wirtschaft geprägten Welt – die in großen Teilen von Rechtsetzungsorganen gelenkt wird, etwa dem Europäischen Parlament oder dem Rat (die auf Vorschlag der Kommission handeln), – von der die Portugiesen ohne die Mitgliedschaft Portugals in der Union ausgeschlossen wären. In Fällen einer etwaigen Nichteinhaltung würden Sanktionen zum großen Teil von Instanzen wie der Kommission oder Gerichten verhängt, in denen Portugiesen außen vor blieben.

Letztendlich geht es ja darum, was für unser Land und für die Menschen erstrebenswert ist: Ob wir uns mit Stolz abseits halten, mit einer Souveränität, durch die jegliche Mitsprache in Bezug auf die Rahmenbedingungen, die unser wirtschaftliches und soziales Leben unweigerlich bestimmen, ausgeschlossen ist, oder ob wir als aktive Teilnehmer in Institutionen mitwirken, deren Bedeutung weit über die Grenzen Europas hinausreicht.

Da dies sowohl im Interesse Portugals als auch der übrigen Länder liegt, lässt sich sagen, dass die vielfältigen Beiträge dieser einzelnen Länder für eine Europäische Union bedeutend sind, für die die Besonderheiten jedes einzelnen Landes ausschließlich einen Gewinn darstellen. Obgleich Portugal nicht über das wirtschaftliche Gewicht anderer Länder verfügt, ist der Beitrag Portugals aufgrund seiner Geschichte und der Präsenz portugiesischsprachiger Länder auf vier Kontinenten in einer globalisierten Welt, in der Europa Flagge zeigen muss, von Belang.

Selbstverständlich geht es auch darum, welche Anforderungen an die Mitglieder von Institutionen der Union gestellt werden: Die Erfahrung hat gezeigt, dass die portugiesischen Mitglieder in allen Institutionen, insbesondere im Europäischen Parlament, in der Lage sind, Standpunkte zu beziehen, durch die – in Kenntnis der Gegebenheiten in Portugal – wichtige Beiträge für die Stärkung Europas geleistet werden.

Manuel Porto

• **BUCHBESPRECHUNG**

MIGRANTINNEN UND MINDERJÄHRIGE MIGRANTEN: EINE LANGE, GEFÄHRLICHE REISE IN DIE EU

Die meisten Migranten, die an unseren Küsten ankommen, haben auf der Suche nach Sicherheit in der EU eine lange und traumatische Reise hinter sich. Die wenigen Möglichkeiten der sicheren und legalen Migration treiben viele Migranten dazu, sich auf gefährliche Reisen zu Land oder auf See zu begeben und manchmal sogar die Dienste von Schleusern in Anspruch zu nehmen.

Da immer mehr Migranten nach Europa kommen und durch Europa reisen, erweitern nationale Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften auf beiden Seiten des Mittelmeerbeckens ihre Maßnahmen, um die unmittelbaren und längerfristigen Bedürfnisse der Migranten zu erfüllen. Bis zum 2. Februar haben wir mindestens 605 000 Migranten in ganz Europa geholfen, mehr als 760 000 Gesundheitseinsätze durchgeführt und mehr als 7 Millionen Mahlzeiten ausgeteilt.

Schutzbedürftige Personen brauchen unterwegs Zufluchtsorte, Lebensmittel, Wasser, erste Hilfe und medizinische Versorgung. Diese Bedürfnisse werden durch die sinkenden Wintertemperaturen noch verstärkt. Derzeit helfen mehr als 83 000 Freiwillige bei den Einsätzen in mehr als 27 europäischen Ländern mit und bieten Dienste in den Bereichen erste Hilfe und medizinische Versorgung, Lebensmittel und Getränke, Kleidung und Decken, Hygieneartikel, Unterkunft, Suche nach Familienangehörigen, rechtliche Beratung und psychosoziale Unterstützung sowie Sprachkurse und Unterstützung bei der Integration.

An der Front beobachten die nationalen Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften bei den Migranten, die sie treffen, eine zunehmende Schutzbedürftigkeit. Die zunehmenden Risiken, denen sie auf ihrer Reise in die EU ausgesetzt sind, führen oft zu schweren physischen und psychologischen Problemen, durch die die früheren, im Herkunftsland erlittenen Traumata noch verstärkt werden. Zu diesen Risiken gehören der eingeschränkte Zugang zu grundlegenden Diensten, willkürliche Verhaftungen, Gewalt und Missbrauch, der Verlust des Kontakts zu

Angehörigen oder der mögliche Tod. „So etwas will ich nie wieder erleben. Als der Motor des Bootes mitten auf dem Meer in vollständiger Dunkelheit ausfiel, dachte ich, wir würden sterben. Ich habe mein Baby an mich gedrückt und geweint. Alle haben geweint“, erzählt Rama, als sie auf der Insel Kos ankommt.

Als besonders schutzbedürftige Gruppen sind Frauen und Kinder größeren Risiken ausgesetzt. Aus aktuellen Daten geht hervor, dass sie einen immer größeren Anteil der in der EU ankommenden Migranten ausmachen¹.

Bei Migrantinnen ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass sie unter Missbrauch zu leiden haben, da sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt entlang der Migrationsrouten gang und gäbe sind. Sie sehen sich in verschiedenen Phasen ihrer Reise verwaltungstechnischen, sprachlichen oder kulturellen Hindernissen gegenüber und haben Schwierigkeiten, Zugang zu grundlegenden Diensten wie beispielsweise Gesundheitsdienste zu erhalten. Dies kann insbesondere für Schwangere zum Problem werden, die eine gezielte und durchgehende Betreuung vor der Geburt benötigen, ohne die es zu sowohl für die Mutter als auch für das Kind lebensbedrohlichen Komplikationen kommen kann. Auch die körperlichen Anstrengungen der Reise stellen eine große Herausforderung dar. „Ich habe Angst vor der langen Reise und davor, wie anstrengend sie wird. Außerdem mache ich mir Sorgen, dass ich nicht regelmäßig einen Arzt aufsuchen kann“, erklärt Sarah, eine schwangere Migrantin auf der Durchreise durch Griechenland.

Zahlreiche der minderjährigen Migranten, die in der EU ankommen, mussten ihre Heimat aufgrund eines Konflikts oder von Gewalt, Verfolgung oder Unterdrückung verlassen, und einige waren sogar Opfer von Folter oder Misshandlung. „Der Krieg hatte unmittelbare Auswirkungen auf meine Kinder. Meine Tochter hat wegen dem, was sie erlebt hat, Angst vor Flugzeugen“ erzählt eine syrische Mutter. Wie alle Kinder brauchen minderjährige Migranten besondere Aufmerksamkeit, Sicherheit, angemessene Unterstützung und eine Schulbildung, damit für ihr Wohlergehen gesorgt ist und sie Gelegenheit haben, sich eine bessere Zukunft aufzubauen. Damit Mädchen und Jungen einen sicheren Ort haben, an dem sie ihre Sprachkenntnisse verbessern, spielen und psychosoziale Unterstützung erhalten können, haben die nationalen Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften in einigen Ländern in provisorischen Schutzlagern oder Gemeindezentren kinderfreundliche Bereiche eingerichtet.

Auf dem Weg nach Europa besteht für Migranten die Gefahr, den Kontakt zu ihren Angehörigen zu verlieren. Auch wenn sie zusammen reisen, können sie jederzeit getrennt werden. Eine Trennung kann für Kinder besonders kritisch und traumatisch sein. Wenn sich niemand um sie kümmert und ihnen niemand die notwendige Orientierung und Schutz bietet, besteht für unbegleitete oder von ihren Familienangehörigen getrennte Kinder ein hohes Risiko, dass sie Opfer von Menschenhandel und Ausbeutung werden. Daher ist es unerlässlich, sie so bald wie möglich wieder mit ihren Familienangehörigen zusammenzuführen. Dies ist auch für ihre erfolgreiche Integration sehr wichtig.

Die spezifischen Bedürfnisse und die Schutzbedürftigkeit von Frauen und Kindern entlang der Migrationsrouten in die EU werden auf unserer [anstehenden Konferenz](#) im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss am 18. März 2016 in zwei speziellen Foren diskutiert. Auf dieser Veranstaltung werden wir auch unsere neuste Broschüre zum Thema „[Gefährliche Reisen – Gefahren entlang der Migrationsrouten in die EU](#)“ vorstellen, die Zeugenaussagen und Erfahrungsberichte von Migranten über ihre Reisen enthält und in der die Maßnahmen des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds zu ihrer Unterstützung dargelegt werden.

Aufgrund ihrer Erfahrungen aus erster Hand bei der Arbeit mit und für alle Migranten haben die nationalen Rotkreuzgesellschaften in der EU eine [Reihe konkreter Maßnahmen](#) ermittelt, die von der EU und ihren Mitgliedstaaten dringend umgesetzt werden sollten. Die Umsetzung dieser Empfehlungen würde dazu beitragen, die Risiken und Gefahren aufgrund der gefährlichen Reisen der Migranten auf dem Weg in die EU zu verringern. Eine wichtige Priorität für die EU und ihre Mitgliedstaaten wäre es, für Menschen, die internationalen Schutz benötigen, sichere und legale Wege für die Einreise in die EU einzurichten, unter anderem durch die Ausstellung von Visa aus humanitären Gründen.

Von Denis Haveaux, Direktor des EU-Büros des Roten Kreuzes

¹ <http://data.unhcr.org/mediterranean/download.php?id=570>

MIGRATION ALS GLOBALES PHÄNOMEN

Vor einem bis auf den letzten Sitz gefüllten Saal fand am 2. Dezember 2015 im Europäischen Parlament das jährliche Seminar des VEM statt.

Ohne auf jeden einzelnen Beitrag einzugehen, können aus dem Seminar einige Schlussfolgerungen gezogen werden:

- 1) Die Migrationsbewegungen sind ein globales Phänomen, das sich aus eine Reihe von humanitären, wirtschaftlichen und politischen Gründen nicht aufhalten lässt. Jeder siebte Mensch weltweit ist Migrant, und die sprunghafte Zunahme der internationalen Migrationsbewegungen, auch durch Familiennachzug, ist innerhalb Afrikas oder auf dem amerikanischen Kontinent wesentlich stärker zu spüren als die Migrationsbewegungen nach Europa. Ein kleiner Teil der Migranten flieht vor Armut, Konflikten oder dem Klimawandel – vor Phänomenen, die ihnen das schiere Überleben in ihren Ländern unmöglich machen. Einige wenige von ihnen wollen unbedingt nach Europa. Was die wirtschaftlichen Auswirkungen anbelangt, so geht aus den meisten Studien hervor, dass Migration beiden Seiten nutzt, denn einerseits helfen junge Migranten in den Aufnahmeländern, insbesondere jenen mit einer alternden Bevölkerung, dabei, die Wirtschaft anzukurbeln und die Rentensysteme ins Gleichgewicht zu bringen, und andererseits leisten die Migranten in den Herkunftsländern einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung, da sie ihre im Lande gebliebenen Familien finanziell unterstützen. Politisch gesehen mildert eine zirkuläre Migration den Kampf der Kulturen ab und bereichert in kultureller und politischer Hinsicht sowohl die Aufnahmeländer als auch die Herkunftsländer.
- 2) In Bezug auf die Migrationsströme gibt es keine gemeinsame europäische Politik, obwohl deren Schaffung seit dem Gipfel von Tampere 1999 postuliert wird. Angesichts der weltumspannenden Verkehrsnetze wird es jedoch immer schwieriger, diese Ströme einzudämmen. Gleichzeitig wird in den EU-Rechtsvorschriften und in den einzelstaatlichen Gesetzen den Gründen dieser Wanderungsbewegungen – im weitesten Sinne die Hoffnung auf ein besseres Leben – nicht Rechnung getragen. So gelten Wirtschafts- oder Klimamigranten von vornherein als Illegale. Die einzige Reaktion Europas ist eine Politik der „Rückübernahme“, in deren Rahmen Assoziierungs- oder Entwicklungsabkommen an Abkommen über die Rückübernahme von abgeschobenen illegalen Migranten geknüpft werden. Durch Abschiebungen werden die Migranten nicht von ihren verzweifelten Bestrebungen, nach Europa zu gelangen, abgehalten, Abschiebungen wirken auch nicht gegen Schlepperorganisationen, die diese verzweifelte Hoffnung missbrauchen, und durch Abschiebungen wird auch nicht verhindert, dass von Jahr zu Jahr mehr Menschen im Mittelmeer ertrinken: 2015 fanden mindestens 35 771 Menschen bei dem Versuch der Überfahrt den Tod.
- 3) Zum Schutz der Grenzen der Union hat Europa außerdem die Agentur Frontex und deren Missionen Triton und Poseidon geschaffen, damit die Maßnahmen der Mitgliedstaaten an den Grenzen der Union koordiniert und Schiffbrüchige gerettet werden können. Aufgabe von Frontex ist jedoch die Überwachung der Grenzen und nicht die Rettung von Menschenleben, wie es bei der 2013/2014 von Italien durchgeführten Operation „Mare Nostrum“ der Fall war, mit der innerhalb eines einzigen Jahres mehr als 100 000 Flüchtlingen das Leben gerettet wurde.
- 4) Doch die meisten Menschen, die mit den Migrationsströmen derzeit nach Europa gelangen wollen, sind keine illegalen Migranten: Es handelt sich vielmehr um Flüchtlinge, um Asylsuchende, die aus Konfliktgebieten fliehen, in denen ihr Leben gefährdet ist. Die Flüchtlinge sind sehr ungleich auf die europäischen Staaten verteilt: Bestimmte Länder, wie Griechenland und Zypern, stellen natürliche „Eintrittspforten“ für die Menschen dar, die über das Mittelmeer kommen. Aber auch der Landweg über die Türkei und Bulgarien wird eingeschlagen. Europa hat zwar keine gemeinsame Einwanderungspolitik, aber eine gemeinsame Asylpolitik. In ihrem Rahmen werden die Bedingungen für die Aufnahme von Flüchtlingen festgelegt, doch es ist Aufgabe der einzelnen Staaten, die Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge festzulegen. Die einfache Idee, diese Flüchtlinge nach bestimmten Kriterien gleichmäßig in Europa zu verteilen, lässt sich schlichtweg nicht umsetzen, denn jeder ist selbstverständlich Herr im eigenen Haus. Zurzeit nehmen Deutschland, Frankreich und Schweden die meisten Flüchtlinge auf. Was die anderen Länder angeht, so sind die Zahlen zum Teil lächerlich niedrig. Dieses Ungleichgewicht bei der europäischen Solidarität trübt das Bild Europas, da es so weder seine Werte verteidigt noch auf internationaler Ebene seine Politik glaubwürdig vertreten kann. Die Flüchtlinge, die heute versuchen, nach Europa zu gelangen, sind zum größten Teil Opfer von diktatorischen Regimen und terroristischen Bewegungen, die von Europa offen bekämpft werden. Und dennoch werden diese Männer und Frauen mit Misstrauen und Zurückhaltung empfangen. Die europäischen Bürger haben einfach Angst vor dem Fremden, das diese Neuankömmlinge verkörpern, und vor dem Kulturschock, den sie mit sich bringen könnten. Sie fürchten sich auch davor, dass die Neuankömmlinge Sozialleistungen erhalten könnten, wo doch den Bürgern diese Leistungen gerade erst im Zuge der Sparpolitik gekürzt worden sind. Diese Ängste bereiten den Boden für Populismus, Islamfeindlichkeit und enthemmten Egoismus.
- 5) Diese Ängste sind auch ganz unmittelbar eine Gefahr für die europäische Integration und ihre Werte. Alle Redner sprachen sich für eine gemeinsame Einwanderungspolitik und für mehr Solidarität und Offenheit gegenüber den Flüchtlingen aus. Sie forderten zudem die Geber auf, ihre finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen, und erinnerten an die Einschnitte bei der humanitären Hilfe und an die Schwierigkeiten,

denen internationale Organisationen wie dem UNHCR gegenüberstehen, um alle Flüchtlinge in der Türkei, Jordanien und dem Libanon sowie die Millionen von Vertriebenen und Binnenflüchtlinge in Syrien weiter zu versorgen. Auch mit den Einschnitten bei der internationalen Hilfe wurden die tragischen Wanderungsbewegungen dieser Menschen durch Europa gefördert.

Der Generaldirektor der Internationalen Organisation für Migration (IOM), Botschafter William Lacy Swing, brachte es unlängst auf den Punkt, als er erklärte: *„Eine der größten Herausforderungen der internationalen Gemeinschaft in den kommenden Jahren dürfte darin bestehen, tatkräftig darauf hinzuwirken, das gegenwärtig vorherrschende toxische Narrativ über die Migration in eines umzuwandeln, das der Geschichte dieses Phänomens besser entspricht und das besagt, dass Migration zum überwiegenden Teil positive Folgen gezeitigt hat. Dazu braucht es Maßnahmen, mit denen die Staaten und Gesellschaften dabei unterstützt werden, konstruktiver mit Vielfalt umzugehen. Dabei gilt es, sich mit Widersprüchen zu beschäftigen, die sich zwischen der nationalen Souveränität der Staaten und den individuellen Zielen und Hoffnungen der Migranten auf tun, aber auch zwischen dem Schutz der nationalen Sicherheit und dem Schutz einzelner Personen bestehen.“*

Véronique De Keyser

DIE FLÜCHTLINGSKRISE IN EUROPA

Politiker in Europa und in der gesamten EU stehen vor einer beispiellosen Herausforderung. Seit Jahren ist man sich bewusst, dass Einwanderer auf der Suche nach einem besseren Leben von Afrika nach Europa kommen. Ein Teil von ihnen reist von Libyen aus ein. Bevor in dem Land der Krieg ausbrach, überwachte der libysche Staat unter der Führung Oberst Gaddafis mit finanzieller Unterstützung aus Europa den Einwanderungsprozess und schickte die meisten Flüchtlinge dorthin zurück, woher sie gekommen waren. Das galt jedoch nicht für alle: Einige gelangten nach Italien oder auf die Iberische Halbinsel, andere ertranken auf der Reise, als ihre behelfsmäßigen Boote kenterten. Seinerzeit schlug Italien bereits vor, sogenannte Hotspots einzurichten, um die Beweggründe für die Flucht nach Europa zu prüfen. Wegen dieses Vorschlags brach jedoch eine Woge der Empörung über die italienische Regierung herein, und der Ministerpräsident selbst wurde auf eine Weise beschimpft, die an die unselige Tradition des Faschismus erinnerte.

Der Prozess der verstärkten Zuwanderung, die auch als Expansion bezeichnet werden könnte, setzte vor etwa zehn Jahren ein, doch seitdem ist es der Europäischen Union nicht gelungen, eine Lösung zu finden. Den Organen der EU muss in deutlichen Worten mitgeteilt werden, dass die Ideenlosigkeit in der Einwanderungspolitik eine Folge ihrer Versäumnisse ist. Nun steht die gesamte Union – das heißt die 28 Mitgliedstaaten – vor dem unvorstellbaren und von Woche zu Woche größer werdenden Problem der Flüchtlingswelle.

Derzeit kommen Hunderttausende Einwanderer aus dem Nahen Osten, aus Ost- und Westafrika sowie aus Albanien und dem Kosovo in Europa an. Mittlerweile hat ihre Zahl bereits die Millionengrenze und damit den kritischen Punkt erreicht.

Es muss klar und deutlich gesagt werden, dass die Organe der EU die Orientierung verloren haben und mit dem Problem überfordert sind. Bedauerlicherweise hat es sehr lange gedauert, bis sich die Spitzenpolitiker der EU dafür aussprachen, dem Schutz der Außengrenzen allerhöchste Priorität einzuräumen. Es wurde beschlossen, spezielle Punkte einzurichten, an denen eine Prüfung und eine Trennung in politische Flüchtlinge und Wirtschaftsflüchtlinge mit dem Ziel vorgenommen werden soll, nur Ersteren Schutz in Europa zu gewähren.

Die in Warschau ansässige Agentur für den Schutz der Grenzen der Europäischen Union verfügt bedauerlicherweise weder über die Mittel noch über die Kompetenzen, die nötig sind, um die Grenzen wirklich zu schützen. Ihre einzige Aufgabe besteht darin, den Stand der Dinge zu analysieren. All dies hat bewirkt, dass sich nun Risse im Gebälk der Europäischen Union zeigen.

Ungarn unter Viktor Orbán stand bis vor kurzem bei der Auseinandersetzung mit dem Problem der Zuwanderung an vorderster Front. Orbán war es auch, der den Schutz der Außengrenzen als die wichtigste Aufgabe für die EU bezeichnete.

Dabei ist von grundlegender Bedeutung, dass sich die aus Ländern mit fremder Kultur Einwandernden an die in der westeuropäischen Zivilisation geltenden republikanischen Freiheiten und Rechte anpassen. Wenn wir diesen Grundsatz fallenlassen, lassen wir zu, dass das Fremde überhandnimmt und unsere Werte zugrunde gehen.

Polen sollte die vereinbarte Anzahl an Flüchtlingen aufnehmen. Problematisch daran ist jedoch, dass Polen – wie übrigens die gesamte Union – seit Jahrzehnten keine Einwanderungspolitik erdacht hat. Die polnische Regierung wird nur von Fall zu Fall tätig, je nachdem, was die Tagespolitik gerade verlangt. So geht es nicht. Umso bedeutender und beunruhigender ist dies, als in Europa offen die Rede davon ist, dass die Einwanderer über Umwege, etwa über die an Polen angrenzende Ukraine, in die EU gelangen, wenn Ungarn seine Grenzen schließt. Dessen muss man sich bewusst sein und konstruktive Maßnahmen ergreifen.

Kein Staat kann es sich leisten, dass Personen mit ungeklärter Identität seine Grenzen überschreiten, noch dazu auf unkontrollierte Weise. Alle, die in Europa leben wollen, müssen sich an die Grundwerte unserer Zivilisation halten, zu denen Meinungsfreiheit, individuelle Grundfreiheiten, Gleichberechtigung, Religionsfreiheit und die Grundsätze des demokratischen Rechtsstaats zählen.

Boguslaw Andrzej Sonik

KLIMA MIGRANTEN

Schätzungen zufolge haben in den vergangenen zehn Jahren aufgrund von Naturkatastrophen wie Erdbeben, Überschwemmungen, Unwetter und Erdbeben viele Millionen von Menschen ihre Heimat verlassen müssen. Die Zahl dieser Flüchtlinge wird exponentiell ansteigen; man muss sich nur vor Augen führen, dass es nach einer Studie von Avvenia, einer italienischen Firma, die im Bereich der Energieeffizienz tätig ist, im Jahr 2015 weltweit 36 Mio. Klimamigranten gab. Ihre Zahl könnte, so die Studie, bis 2050 auf 200 Mio. ansteigen, wenn keine durchgreifenden energiepolitischen Maßnahmen ergriffen werden und den Maßnahmen für den Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel nicht Priorität eingeräumt wird.

Bisher hat nur ein einziger Mensch ausdrücklich aus „Gründen des Klimas“ um Asyl gebeten. 2015 hat der 39-jährige Ioane Teitiota aus Kiribati, einem Inselstaat im Südpazifik, den Kampf um seine Anerkennung als „Klimamigrant“ in Neuseeland verloren.

Seine Geschichte ist abschreckend, denn die Inselstaaten werden allgemein als Opfer des Klimawandels gesehen. Teitiota, der 2007 nach Neuseeland gekommen war, wurde den Behörden gemeldet, weil er länger als erlaubt im Land geblieben war. Sein Einspruch wurde von einem neuseeländischen Gericht zurückgewiesen. Aber abgesehen von der Rechtslage, die zurzeit noch nicht vorsieht, das verrückt gewordene Klima als Grund für die Gewährung von internationalem Schutz anzuerkennen, laut die viel wichtigere Frage, wie der stetige Anstieg der Zahl der Klimaflüchtlinge aufzuhalten ist.

44 % der Weltbevölkerung leben nicht weiter als 150 km von der nächsten Küstenlinie entfernt, also in Gebieten, die von Überschwemmungen oder sogenannten Extremwetterereignissen betroffen sind und immer stärker betroffen sein werden. Bereits heute leben drei Milliarden Menschen in Regionen, in denen sich die Klima- und Umweltbedingungen mittel- bis langfristig stark verändern werden. Daher ist das Pariser Abkommen von so großer Bedeutung. Die Europäische Union muss weltweit eine Entwicklungspolitik vorantreiben, die diese Bezeichnung auch zu Recht trägt und mit der gefährdete Länder insofern unterstützt werden, indem Mechanismen für den Technologietransfer und die Umsetzung von energietechnischen Innovationsvorhaben geschaffen werden. Nur wenn es der Welt gelingt, mit der „grünen“ Wende in der Wirtschaft und der Abkehr von fossilen Brennstoffen die Erwärmung unseres Planeten in den nächsten 20 Jahren nicht über 1,5 Grad C hinausgehen zu lassen, wird verhindert werden können, dass weitere menschliche Tragödien und Flüchtlingsbewegungen zu den bereits so katastrophalen und leidgeprägten von heute hinzukommen.

Monica Frassoni

MIGRATIONSKRISE IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Die Migration von Menschen von einem Ort zu einem anderen hat ihren Grund in zahlreichen Faktoren. Zu den wichtigsten gehören Krieg, Zwangsausweisung, Verletzung ihrer Rechte, Verfolgung aus politischen und religiösen Gründen oder aber eine unzureichende sozioökonomische Entwicklung.

In jüngster Zeit hat der Anstieg des Migrationsflusses in die Union zu einer schweren Krise geführt. Dieser Anstieg geht hauptsächlich auf eine Migration aus Ländern, in denen Konflikte herrschen, zurück, aber auch auf Migranten, die illegal in die Union einreisen wollen, weil sie ein besseres Leben suchen. Außerdem ist die Entstehung der Gruppe „Islamischer Staat“ in den letzten Jahren die Ursache für eine Ausreise von tausenden von Menschen, insbesondere aus Syrien und Irak.

Die Union hat nicht rechtzeitig Strategien, Maßnahmen oder Programme zur Bekämpfung dieses Phänomens erarbeitet, obwohl sie dies hätte tun sollen, da die Gefahr eindeutig bestand und bereits Probleme verursachte, insbesondere für einige südliche Mitgliedstaaten. Schon im Jahr 2003 habe ich in einer Rede vor dem Europäischen Parlament die Aufmerksamkeit auf die Tatsache gelenkt, dass die wirtschaftliche Solidarität zu wünschen übrig lasse, was auch für eine gerechte Verteilung der Lasten im Bereich der Migration gelte, aber auch für die

Tatsache, dass weder ein gemeinsames Asylsystem auf europäischer Ebene eingerichtet worden sei noch Abkommen mit Drittländern hinsichtlich der Rückübernahme illegaler Einwanderer geschlossen worden seien. Ich habe auch darauf hingewiesen, dass es in der Union schwer wiegende Mängel bei der Überwachung ihrer Außengrenzen gebe, einem Bereich, der einer der Grundpfeiler ihrer Außen- und Verteidigungspolitik ist. Ich hatte auch die Frage gestellt, wo die Kraft und der Wille der Union bei einem so wichtigen Thema zu finden seien, das nicht nur wirtschaftliche Auswirkungen habe, sondern auch für soziale und politische Unruhen innerhalb der Mitgliedstaaten sorgen werde.

Die Antwort auf die Migrationskrise ist Aufgabe der Union, und eine umfassende Migrations- und Asylpolitik ist notwendig. Im Übrigen liegt es auf der Hand, dass kein Mitglied der Union die Krise unilateral bewältigen kann. Die Steuerung der Krise muss auf einer gerechten Aufteilung der Lasten zwischen den Mitgliedstaaten, die Solidarität und Verantwortungsbewusstsein an den Tag legen müssen, beruhen und unter anderem die folgenden Elemente umfassen:

1) die Pflichtregistrierung der Migranten in der Türkei sowie an den Zugangspunkten zur Union zusammen mit der Aushändigung entsprechender Dokumente, die eine ordnungsgemäße Verwaltung der Migranten erleichtern. Es ist außerdem wichtig, darauf zu achten, dass die Asylverfahren rasch ablaufen, damit denjenigen Asyl gewährt wird, die als Flüchtlinge anerkannt sind (Genfer Konvention von 1951 über den Flüchtlingsstatus). So wird es ein Asylsystem für diejenigen geben, die es brauchen, wogegen für Migranten, die in das Gebiet der Union illegal eingereist sind, ohne den Flüchtlingsstatus für sich in Anspruch nehmen zu können, der Aktionsplan zur Rückübernahme in ihren Herkunftsländern gelten muss.

2) ein Abkommen zwischen der EU und der Türkei. Die Türkei ist der Schlüssel zur Normalisierung des Migrationsflusses, und deshalb muss das Abkommen unter anderem folgende Elemente umfassen: a) die Zerschlagung des Menschenhändlernetzes für Migranten, das völlig frei arbeitet, mit tausenden von maroden Booten, korrupten Beamten und Menschenhändlern, b) die wirksame Überwachung der Küsten, insbesondere der Gebiete in der Nähe der griechischen Inseln, wie etwa Lesbos, Kos und Leros, c) die Einrichtung von Empfangs- und Registrierungszentren (Hot Spots) für die Migranten, die sich in ihrem Gebiet befinden, und die Registrierung dieser Migranten (siehe vorstehend), d) sofortiger Empfang der illegalen Einwanderer, die rückzuführen sind und die in die Union aus ihrem Hoheitsgebiet eingereist sind.

3) Im Zusammenhang mit den Zugangspunkten für Migranten in die Union muss Folgendes sichergestellt werden: a) die Überwachung der Grenzen und vor allem der Seegrenzen, b) die Zerschlagung der Menschenhändlernetze für Migranten, c) die Einrichtung von Empfangszentren für Migranten, ihre Registrierung und die Weiterleitung derjenigen, die den Flüchtlingsstatus genießen, in die Mitgliedstaaten auf der Grundlage eines Verteilungsplans, d) die unverzügliche Anwendung des Rückübernahmesystems für illegale Einwanderer, e) Maßnahmen sozialer, wirtschaftlicher und sonstiger Art auf den griechischen Inseln, um die durch den Migrationsfluss geschaffenen Probleme möglichst abzumildern oder aus dem Weg zu räumen.

Leider muss darauf hingewiesen werden, dass eine radikale Reaktion auf die Migrationsfrage erst erreicht wird, wenn die Industrieländer unter Einsatz ihres Reichtums dazu beitragen, dass bessere Lebensbedingungen in denjenigen Regionen der Welt geschaffen werden, die unter Armut, Krankheiten und Konflikten leiden.

Antonios Trakatellis

• AKTIVITÄTEN DES VEM

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT – WICHTIGE RECHTSETZUNGSINSTANZ UND EINZIGARTIGES POLITISCHES FORUM

David Ramiro Troitiño, außerordentlicher Professor, der an der Tallinn School of Economics and Business Administration, einer Fakultät der Technischen Universität Tallinn, ein Jean-Monnet-Projekt leitet, zeigte sich zufrieden, da der VEM ihm eine „lebende Person“ präsentieren konnte, die „eine reale Dimension der Europäischen Union vertritt“. Er begrüßte meinen Vortrag „Das Europäische Parlament – Wichtige Rechtsetzungsinstanz und einzigartiges politisches Forum“ (<http://www.formermembers.ep.eu>) am 10. November 2015 als eine wichtige Ergänzung zu der „reinen Theorie“, die er seinen Studierenden habe vermitteln können. Er habe mich eingeladen, um sie zum Nachdenken anzuregen.

In meinem Vortrag äußerte ich Bedenken mit Blick auf die Schwierigkeiten der Bürger, demokratische Kontrolle auszuüben und zu erkennen, wer für die verschiedenen Entscheidungen, die im EP getroffen werden, verantwortlich ist. Dies liegt daran, dass im EP im Gegensatz zu nationalen Parlamenten keine Grenze zwischen einer Regierungskoalition und einer Opposition verläuft. Man könnte argumentieren, dass das EP mit umfassenden Rechtsetzungsbefugnissen ausgestattet ist und wenig Rechenschaft ablegen muss. Macht ohne Rechenschaftspflicht trägt den Keim einer Systemkrise in sich.

Ich schloss den Vortrag, indem ich auf zwei unmittelbare externe Herausforderungen verwies, die von existenzieller Bedeutung für die Zukunft der EU sind: (1) der wachsende Zustrom von Migranten und Flüchtlingen und (2) Russland, das unsere freiheitlich-demokratischen Gesellschaften offen herausfordert und konfrontiert. Die Union wird vor ernsthaften Schwierigkeiten stehen, wenn sie nicht einerseits eine gemeinsame Politik im Bereich Einwanderung und die kohärente Umsetzung des Asylsystems und andererseits eine konsistente und umfassende Russland-Politik, abgestützt durch „Hard Power“, schafft.

Ich hatte die Ehre, im Publikum, das aus rund 40 Personen bestand, unter ihnen überwiegend Studierende, meine ehemalige Kollegin Siiri Oviir begrüßen zu dürfen, die vor ihrer Wahl zum MdEP Ministerin für Soziales in Estland war. In meinem Vortrag forderte ich das Publikum auf, in erster Linie Fragen zur Gewährleistung von Rechenschaftspflicht und Demokratie in der Union sowie zu den externen Herausforderungen zu stellen und dies entsprechend zu kommentieren.

Es kamen Fragen auf, wie es den MdEP gelingt, ihre Arbeit zu präsentieren und in ihren jeweiligen Mitgliedstaaten für Verständnis dafür zu werben. Zudem wurden die Rolle und die Zukunft der gesamteuropäischen Parteien im Wahl- und Entscheidungsprozess diskutiert.

Die TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership – transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft) mit den USA gab Anlass zur Sorge, dass durch den Vertrag grundlegende europäische Standards in verschiedenen Bereichen wie beispielsweise dem Arbeitsmarkt oder dem Umwelt- und Verbraucherschutz beeinträchtigt werden könnten. Ob die EU über eine eigene Armee verfügen werde, war eine weitere Frage, die im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen der Union aufgeworfen wurde.

In Estland gilt ein großer Teil der Aufmerksamkeit den Beziehungen zwischen der EU und Russland. Ich freue mich, dass mir die Möglichkeit gegeben wurde, meine Sicht auf Russland auch in Diskussionen mit dem stellvertretenden Dekan der Fakultät, Professor Tanel Kerikmäe und Professor Troitiño nach dem Vortrag näher zu erläutern.

Mein Vorschlag, in der akademischen Forschung der institutionellen Instabilität Russlands mehr Aufmerksamkeit zu widmen, wurde positiv aufgenommen. Ein besseres Verständnis dieser Ursache der Entwicklung Russlands sowie der Unvorhersehbarkeit seiner Außenbeziehungen könnte für die EU in der Gestaltung ihrer zukünftigen Beziehungen mit Russland hilfreich sein.

Henrik Lax

RÜCKBLICK AUF EINE ERGIEBIGE REISE

Die gemeinsame Jahreskonferenz der EU-Zentren in Australien und Neuseeland fand dieses Jahr in Auckland statt. Unter der Leitung von Prof. Martin Holland – der mit der organisatorischen Unterstützung von Yvonne Grosch eine Vielzahl internationaler Redner für die Veranstaltung gewinnen konnte – fanden zwei Tage voller intensiver Sitzungen und Vorträge statt.

S. E. der EU-Botschafter Sem Fabrizi hielt einen Impulsvortrag, der die über 60 Delegierten inspirierte. Einige von ihnen hielten bei diesem Anlass ihren ersten offiziellen Vortrag.

Fünfzehn Hochschulabsolventen stellten ihre ideenreichen Forschungsarbeiten in thematischen Workshops vor. Ich nahm an verschiedenen Sitzungen teil, in die die Inhaberin des Jean-Monnet-Lehrstuhls (ad personam) Prof. Philomena Murray einführte. Alle Vorträge sind mittlerweile im Internet abrufbar, um sie mit Muße und Gewinn lesen zu können.

Am Ende des ersten Tages hielt ich einen zusammenfassenden Vortrag. Zuvor hatten die Wissenschaftler mich darauf aufmerksam gemacht, dass ihre Arbeit und die ihrer Studierenden hauptsächlich theoretischer Natur sind. Meine Arbeit spiegelte hingegen die praktische politische Wirklichkeit wider.

Ich referierte über das Streben nach Frieden nach dem Zweiten Weltkrieg und darüber, wie die EU ihre Grenzen ständig erweiterte und gleichzeitig den Frieden wahrte, was m. E. dazu führte, dass die EU als „Soft Power“ eine Machtfülle besitzt, von der ihre Gründungsväter nur geträumt hätten.

Nachdem ich Auckland verlassen hatte, stattete ich dem EU-Büro in Wellington einen Besuch ab. Dort arbeiten Bedienstete aus der gesamten Union gemeinsam mit hochqualifizierten australischen Praktikanten. Bei einer Einführung in das nahe gelegene New Zealand Institute of International Affairs konnte ich mit Maty Nikhou-O'Brien ein intensives Gespräch über die derzeitigen und zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Iran führen.

Bei einem kurzen Stopp in Melbourne – mit seiner modernen Kombination aus weiten Straßen, durch die Schafherden getrieben werden können, und neuen Hochhausvierteln – hatte ich die Gelegenheit, Prof. Bruce Wilson im Royal Melbourne Institute of Technology (RMIT) zu treffen. Allein das Gebäude dieser Universität, das zunächst nur als Berufskolleg konzipiert war, lohnt einen Besuch. Das Design und die Ausführung mit den bunten Glasfenstern und den sorgfältig von Steinmetzen behauenen Mauern sind von historischem Wert. Da das akademische Jahr gerade vorbei war und die Arbeiten schon benotet waren, war es schwierig, studentische Zuhörer zu gewinnen. Mit denjenigen, die noch vor Ort waren, konnte jedoch eine ergiebige Diskussion geführt werden, so dass der Besuch sich gelohnt hat.

An einem freien Samstag hatte ich die Gelegenheit, das bemerkenswerte Melbourne Museum zu besuchen, wo eine neue und beeindruckende Ausstellung über die Ureinwohner (First Peoples) des Bundesstaats Victoria, ihre Geschichte, Gesellschaft und das Land ihrer Träume stattfand. Audiodateien, in denen die Ureinwohner in ihren vielen verschiedenen Sprachen sprechen, vermitteln einen Eindruck von ihrer Geschichte. Die Ureinwohner blicken auf eine 50 000 Jahre alte Geschichte zurück, ihre einzigartige Stärke, Würde und ihr Zusammenhalt ist jedoch noch immer greifbar.

Meine Reise endete mit einigen Tagen am bemerkenswerten Centre for European Studies der Australian National University. Die stellvertretende Direktorin Anne McNaughton widmete mir kostbare Zeit. Wir besuchten das nationale Parlament, wo ich Gespräche mit einigen hochrangigen Politikern führen konnte. Außerdem besuchten wir das National War Memorial, ein unglaublich beeindruckendes und ergreifendes Symbol für Australiens Beteiligung an Krieg und Frieden weltweit.

Die Direktorin Jacqueline Lo führte in meinen letzten Vortrag ein, den ich am eleganten Centre for European Studies der Australian National University für Wissenschaftler, Absolventen und Besucher hielt. Anne McNaughton organisierte jeweils einen kurzen Besuch beim EU-Botschafter und dem britischen Hohen Kommissar, die meine überaus bereichernde Reise nach Australien und Neuseeland abrundeten.

Emma Nicholson

EIN EUROPÄISCHES EXZELLENZZENTRUM IM HERZEN DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

Als Gastdozent am EU-Zentrum der Universität von Illinois in Champaign war ich vom Interesse und dem Enthusiasmus der Studenten der EU-Studien, den qualitativ hochwertigen Stipendien und der Studentenbeteiligung sehr beeindruckt.

Das EU-Zentrum in Champaign wurde 1988 mit Unterstützung der Kommission als eins von zehn EU-Kompetenzzentren in den USA gegründet. 2011 hat die EU das Zentrum als europäisches Exzellenzzentrum eingestuft. Heute ist das EU-Zentrum der zentrale Ort für EU-bezogene Bildung, Forschung und Informationsprogramme.

Das EU-Zentrum zählt über 40 000 Studenten – bei einem Viertel handelt es sich um Studenten aus aller Welt, darunter über 5 000 aus Festlandchina. Für den großen Anteil chinesischer Studenten in Champaign stellt die Radiostation des Universitätscampus Sportnachrichten in chinesischer Sprache bereit.

Das Universitätsgelände ist sehr schön angelegt. Während meines Besuchs im Herbst leuchteten die Bäume in ihren schönsten Goldtönen. Den Studentenvereinigungen stehen u. a. hervorragende Bibliotheken, ein erstklassiger Catering-Service und sogar eine Bowlingbahn zur Verfügung. Im Zentrum des Universitätsgeländes befindet sich das imposante Lincoln-Gebäude, benannt nach dem ehemaligen Jurastudenten, der später Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika wurde.

Illinois ist ein Staat im mittleren Westen, der im Osten an Indiana und im Westen an den Mississippi grenzt. Illinois, das auch unter der Bezeichnung „Präriestaat“ bekannt ist, zeichnet sich durch landwirtschaftliche Flächen, Wälder sowie Hügel- und Moorlandschaften aus. Das Universitätsgelände nimmt im Grunde genommen die ganze Stadt ein, sodass es sich bei Champaign um eine Universitätsinsel inmitten von enormen Maisfeldern handelt.

Im Nordosten am Michigansee liegt mit Chicago, auch bekannt als „Windy City“, eine der größten Metropolen der USA. In der Stadt, die für ihre vielen Wolkenkratzer bekannt ist, war Präsident Obama einst für eine gemeinnützige Organisation tätig. Ein berühmter Bürger

Champaigns ist der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler und Namensgeber der „Tobin-Steuer“ James Tobin, der 1981 mit dem Nobelpreis für Wirtschaft ausgezeichnet wurde.

Zu den wichtigsten Diskussionspunkten zählten die Flüchtlingskrise in der EU, die Krise in Griechenland, der Euro, die TTIP und die Volksabstimmung im Vereinigten Königreich zur EU-Mitgliedschaft und zu den Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU. Ich war beeindruckt von dem Interesse an den britischen Parteien und insbesondere von den detaillierten Kenntnissen der Studenten, was die Wahl von Jeremy Corbyn zum neuen Chef der Labour-Partei angeht.

An dem EU-Zentrum in Champaign ist ein beachtliches internationales Team von Lehrkräften tätig, an dessen Spitze die aus Schweden stammende Anna Westerstahl Stenport steht, die aus Kalifornien nach Illinois kam. Ich war besonders beeindruckt von dem Engagement und dem Enthusiasmus der Lehrkräfte und der Studenten der EU-Studien. Von den Studenten, von denen ich eine Menge gelernt habe, kamen rege und positive Reaktionen.

Das Zentrum für Afrikastudien an der Universität von Illinois, das 1970 gegründet wurde, gehört zu den größten im Land. Das Sprachenangebot des Afrikazentrums umfasst Arabisch, Suaheli, Wolof und Zulu.

Es besteht kein Zweifel, dass das EU-Zentrum der Universität von Illinois sich zu einem Exzellenzzentrum für EU-Studien entwickelt hat, das es wert ist, in Teilen Europas, andernorts in den Vereinigten Staaten von Amerika und weltweit kopiert zu werden.

Michael McGowan

EP to Campus: Besuch der De Montfort University Leicester, Vereinigtes Königreich – 1.–

3. Dezember 2015

Der Besuch der Universität, den ich zusammen mit dem ehemaligen deutschen MdEP Birgit Daiber und dem ehemaligen bulgarischen MdEP Slavi Binev unternahm, war äußerst interessant und angenehm. Während der drei Tage trafen wir mit Mitarbeitern der Universität und Studenten der Fakultät für Politics & Public Policy sowie mit Schülern der Oberschule Leicester zusammen. Im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung bestand die Möglichkeit zu Gesprächen mit den Einwohnern der Stadt. Meist nahmen wir an den Treffen gemeinsam teil, bei ein oder zwei Gelegenheiten jedoch auch allein.

Die De Montfort University ist eine der neueren Universitäten im Vereinigten Königreich und bietet eine große Bandbreite an Studien- und Postgraduiertenprogrammen an, die viele geisteswissenschaftliche und wissenschaftliche Disziplinen abdecken. Gegründet wurde die Universität Ende des 19. Jahrhunderts als Kunsthochschule, die über die Jahre mit anderen lokalen Instituten zusammengeschlossen wurde. 1969 wurde sie zur Fachhochschule und 1992 schließlich zur Universität ernannt. Sie wird von Studenten aus dem gesamten Vereinigten Königreich und aus dem Ausland besucht, viele Studenten stammen aber aus der Stadt Leicester selbst, deren Einwohner eine der in ethnischer und religiöser Hinsicht vielfältigsten Gemeinden des Landes bilden. Das Centre of European Governance der Universität ist nun ein Jean-Monnet-Spitzenforschungszentrum.

Unsere Gastgeber waren Professor Alsdair Blair, Leiter der Fakultät für Politics und Public Policy, sowie zahlreiche Mitarbeiter der Fakultät, die uns alle einen herzlichen Empfang bereiteten. Wir nahmen an einer Reihe von Veranstaltungen mit Studenten zu verschiedenen Themen teil, u. a. zur politischen Dynamik im Schwarzmeerraum, Nationalismus, Migration und zwischengemeinschaftliche Beziehungen, dem Mangel an Frauen in Entscheidungspositionen und Fragen der europäischen Wirtschaft. Interessant zu erfahren war, dass die Studenten ein Dokument mit „100 Ideen für Europa“ vorbereiten, das dem britischen Parlament im kommenden Mai vorgelegt werden soll.

Besonders interessant war eine Veranstaltung mit älteren Schülern örtlicher Schulen und Oberschulen zu verschiedenen Aspekten der EU, wie etwa ihrer historischen Entwicklung und zahlreichen aktuellen Kernthemen. Ein Großteil dieser Veranstaltung drehte sich um das anstehende britische Referendum über die EU-Mitgliedschaft, wobei hier sowohl über die vielen bedeutenden Errungenschaften der EU als auch die Gefahren gesprochen wurde, die mit einem möglichen Austritt des Vereinigten Königreichs einhergehen.

Den Höhepunkt bildete wohl die öffentliche Abendveranstaltung „Ihre Fragen zu Europa“, an der gut hundert Studenten und Einwohner der Stadt teilnahmen. Die Fragen waren sehr unterschiedlich, aber wieder beherrschten das britische Referendum und die möglichen Folgen die Diskussion. Einige der Fragesteller wollten positive Gründe für das Verbleiben des Vereinigten Königreichs in der Union hören und nicht

nur über die Risiken eines Austritts erfahren. Dies gab mir die Gelegenheit, die vielen Errungenschaften der EU – Frieden in Europa, Handelsverbesserungen, gemeinsame Bewältigung von Umweltproblemen und mehr Rechte für die Bürger – wie auch die Vorteile der Freizügigkeit insbesondere für junge Menschen herauszustellen. Auch Birgit und Slavi lieferte wertvolle Beiträge, indem sie die Bedeutung der weiteren Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs aus ihrer Sicht darstellten.

Es war ermutigend zu erfahren, dass eine Umfrage unter Studenten der Universität ergab, dass 70 % für ein Verbleiben des Vereinigten Königreichs in der Union sind, was sich leider jedoch nicht in den derzeitigen Umfragen unter den britischen Wählern widerspiegelt, bei denen sich beide Seiten die Waage halten.

Ich gratuliere der De Montfort University und den Mitarbeitern der Fakultät für Politik für die Organisation eines so lohnenden Programms, das ganz bestimmt von allen Teilnehmern geschätzt wurde.

Michael Elliott.

Besuch der De Montfort University in Leicester (Vereinigtes Königreich)

Ich fühlte mich wirklich geehrt, an dieser großartigen Initiative teilnehmen und diese renommierte Universität besuchen zu dürfen. Wie man sich wohl in einer Universität, die über viele Jahre hinweg Spitzenpositionen in allen Hochschulranglisten belegt, fühlen mag? Ich war an einem Ort, wo Wissenschaft entsteht, wo Menschen tatsächlich an der Verbesserung der Gesellschaft arbeiten, an einem Ort, an dem zukünftige Führungskräfte ausgebildet werden.

Menschen, die heute wichtige Entscheidungen über unsere Zukunft treffen, sind bereits durch die Gänge dieser Alma Mater gegangen. Ich bin mir sicher, dass die Liste namhafter Absolventen dieser Universität noch länger werden wird.

Die Studenten können sich glücklich schätzen, Professoren zu haben, wie ich sie dort kennenlernen durfte. Die Akademiker hier sitzen sicher nicht in einem Elfenbeinturm, sondern setzen sich mit den tatsächlichen Verfahren und realen Ereignissen der Welt auseinander.

Die Politik ist vergleichbar mit einem Organismus, der sich unentwegt verändert. Dies hängt möglicherweise mit unserer Arbeit, der Interaktion mit anderen Menschen usw. zusammen. Aus diesem Grund sollten wir politische Prozesse aus allen Blickwinkeln betrachten, damit wir sie besser verstehen. Die Professoren an der De Montfort University sind sich dessen sehr bewusst.

Ich begrüße das Bestreben der Professoren, Politiker und ehemalige Politiker mit unterschiedlichen Ansichten in die Debatte einzubeziehen und die Debatte damit anzuregen. Erfahrung ist der beste Lehrmeister, das wissen wir. Indem wir unsere Erfahrung mit den jungen Menschen austauschen, bereiten wir sie besser auf das wahre Leben vor.

Ich bin hocherfreut über das große Interesse, das die Studenten an der Zukunft der EU und an der Entwicklung der internationalen politischen Bühne gezeigt haben. Wie ich auch den Studenten gesagt habe, können wir die gewünschten Änderungen nur durch eine aktive Haltung, Beharrlichkeit und Ausdauer herbeiführen.

Ich hoffe, dass ich die Aufmerksamkeit der Studenten wecken und ihre Neugier herausfordern konnte. Dies wäre mir eine außerordentlich große Freude, denn ich würde gerne eines Tages erleben, wie eine ganz neue Generation von Experten entsteht, die unsere Entwicklung weiter vorantreibt.

Ich bin davon überzeugt, dass unsere Debatten sich mehr als gelohnt haben. Meine Kollegen vom Europäischen Parlament waren phantastische Gesprächspartner. Die Informationen, die sie mit uns allen teilten, waren interessant und sehr wertvoll. Der Austausch von Ideen und Meinungen mit ausländischen Kollegen hat mir als ehemaligem Mitglied des Europäischen Parlaments und aktuellem Mitglied der Nationalversammlung der Republik Bulgarien sehr viel gebracht.

Ich möchte mich nochmals ganz herzlich für die Möglichkeit der Teilnahme an dieser Initiative bedanken. Für weitere gemeinsame Projekte stehe ich gerne zur Verfügung.

Slavi Binev

• BUCHREZENSION

Die Publikation „The European Union and Social Market Economy“ (Die Europäische Union und die soziale Marktwirtschaft) bietet die Gelegenheit, sich über die Untersuchung der sozialen Marktwirtschaft in der Europäischen Union auszutauschen und sich eingehender mit ihr zu befassen. Europa befindet sich am Scheideweg und muss seine Prioritäten und Ziele neu definieren. Der Zeitpunkt, der sozialen Marktwirtschaft wieder Auftrieb zu verschaffen, ist denkbar günstig, und José María Gil-Robles, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments, hat diese Gelegenheit beim Schopf ergriffen.

In den letzten Jahren haben wir in Europa eine der schwersten Krisen durchlebt, und unser System wurde in seinen Grundfesten erschüttert. Ohne jeden Zweifel hat sich die Krise negativ auf unser Leben ausgewirkt. Viele Europäer sind unter anderem in die Arbeitslosigkeit abgerutscht, sind Zwangsräumungen zum Opfer gefallen und haben keinen Zugang zu Krediten mehr. Besondere Sorge bereitet mir jedoch

die mangelnde Glaubwürdigkeit des Projekts der Europäischen Union. Und doch hat sich die Krise auch positiv auf das europäische System ausgewirkt. Immerhin hat die Reaktion Europas auf die Krise bewirkt, dass wir ein stärker und besser reguliertes Finanzsystem und eine stabilere Währungsunion haben, dass es eine größere Anzahl von Solidaritätsmechanismen und mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung gibt und dass die europäische Integration mehr in die Tiefe geht. Letztlich bedeutet dies ein stärkeres Europa, und darin besteht die einzige Alternative.

Der ehemalige Präsident José María Gil-Robles ruft uns ins Gedächtnis, welche Rolle der sozialen Marktwirtschaft in dieser Zeit zufiel. Ohne diesen grundlegenden sozialen Konsens hätte das gesamte System zusammenbrechen können. Dank Artikel 3 des Vertrags von Lissabon haben wir unser Überleben gesichert.

Wirtschaftliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit sind zwei einander ergänzende Begriffe und sind in unserem System nicht voneinander zu trennen. Ich bin der Überzeugung, dass wir die Krise besser überstanden haben, als viele andere Länder der Welt. Bereits zu Beginn der Krise konnte dank der Netze der sozialen Sicherheit Schlimmeres verhindert werden. Unsere Ziele und Prioritäten waren eindeutig durch die soziale Marktwirtschaft bestimmt. Dies verhinderte wirtschaftliche und soziale Konflikte. In sämtliche Reformen dieser Zeit sind die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft eingeflossen.

Nach der Lektüre des Werks von José María Gil-Robles begann ich darüber nachzudenken, dass die Krise auch Positives bewirkt hat und dass die Stärkung der sozialen Marktwirtschaft einer dieser positiven Aspekte ist.

Inzwischen sind erste Anzeichen für einen wirtschaftlichen Aufschwung spürbar, aber wir haben noch einen langen Weg vor uns und Vieles muss noch verbessert werden, zum Beispiel die Beschäftigungsquoten. Das Wohlstandsniveau, das wir vor der Krise hatten, werden wir nur wieder erreichen, wenn wir zusammenarbeiten und die beschlossenen Reformen, die auf der sozialen Marktwirtschaft gründen, fortführen.

Wir müssen verhindern, dass unsere soziale Marktwirtschaft durch diejenigen gefährdet wird, die sich derzeit mit zerstörerischen Absichten an den Fundamenten unserer Demokratien zu schaffen machen. Wir müssen alles unternehmen, damit der Aufschwung nicht gefährdet wird.

Pablo Zalba Bidegain.